



BERLIN EXPERTISEN – 04/2021

Wohin wächst Berlin?

Erwartungen der Berliner_innen
an die Zukunft ihrer Stadt

Jana Faus, Rainer Faus, Lutz Ickstadt

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro Berlin

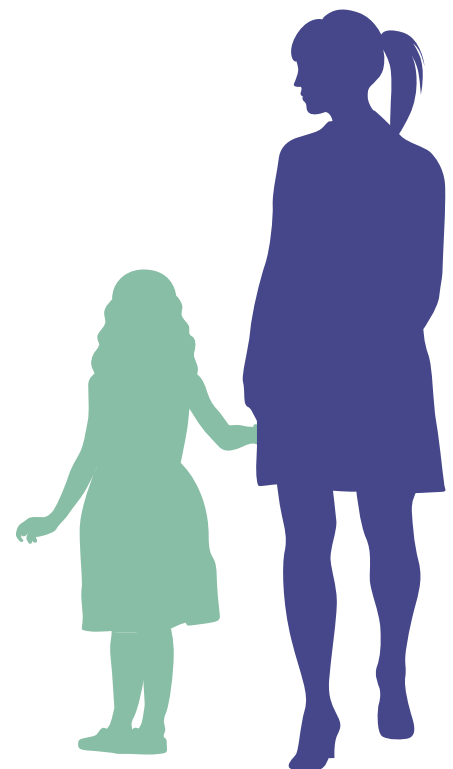
Wohin wächst Berlin?



INHALTSVERZEICHNIS

- 5 **VORWORT**
- 7 **ZUSAMMENFASSUNG**
- 9 **1. EINLEITUNG**
- 10 **2. METHODE**
- 12 **3. SELBSTBILD DER BERLINER_INNEN**
- 12 **Berlin ist bunt! Positives Selbstbild der Berliner_innen deckt sich mit weltoffenen Einstellungen**
- 14 **Kiez vor Stadt: Zusammenhalt über die gesamte Stadt nicht stark ausgeprägt**
- 16 **4. STIMMUNG IN BERLIN**
- 16 **Die Coronapandemie trübt die Stimmung**
- 18 **Trotz getrübtter Stimmung werden Coronamaßnahmen weiterhin befürwortet**
- 19 **Der Zusammenhalt leidet unter der anhaltenden Pandemie**
- 20 **Lichtblicke: Die Pandemie wird nicht ausschließlich mit negativen Entwicklungen verknüpft**
- 22 **Die Berliner_innen blicken trotz Krise optimistisch in die Zukunft**
- 23 **„Wir bleiben zu Hause“: Homeoffice erlebt Aufschwung während der Coronapandemie**
- 24 **Viele Erwerbstätige wünschen sich auch nach der Krise Flexibilität**
- 25 **5. DIE WICHTIGSTEN ZUKUNFTSTHEMEN IN BERLIN**
- 27 **5.1. Wohnen**
- 27 Mangel an bezahlbarem Wohnraum beunruhigt Berliner_innen am stärksten
- 29 Quo vadis? Keine klare Präferenz bei Ansätzen zur Beseitigung des Wohnraummangels
- 31 Der Mietendeckel ist unter Berliner_innen umstritten
- 32 **5.2. Mobilität**
- 32 Wie bewegt sich Berlin? Mobilitätsverhalten der Berliner_innen
- 33 Die Zufriedenheit mit dem ÖPNV ist groß
- 35 Das Dilemma der Mobilitätstransformation
- 36 **5.3. Bildung & Soziales**
- 36 Corona legt bei Bildung und Sozialem Schwächen schonungslos offen
- 38 **5.4. Migration & Integration**
- 38 Der Zuzug ist zwar groß, Migration aber nicht weit oben auf der Themenagenda der Berliner_innen – Integration hingegen schon

39	5.5. Umwelt- & Klimaschutz
39	Umwelt- und Klimaschutz werden in Verbindung mit Wohnen und Mobilität gedacht
41	5.6. Wirtschaft & Arbeit
41	Trotz Coronakrise: Berliner_innen blicken zuversichtlich auf Wirtschaft und Arbeit
43	Wissensstadt Berlin: Die Förderung des Wissenschaftsstandorts hat Priorität
45	5.7. Kunst & Kultur
45	Szenestadt von Konzert und Club bis Theater: Kunst und Kultur müssen nicht im eigenen Kiez stattfinden
46	5.8. Sicherheit
46	Sicherheit spielt insgesamt eine untergeordnete Rolle
49	6. INFORMATIONSVERHALTEN DER BERLINER_INNEN
49	Berliner_innen sind sehr an Politik interessiert
50	Das Fernsehen ist und bleibt die wichtigste Nachrichtenquelle für Berliner_innen
54	7. FAZIT
54	Berlin: die weltoffene Metropole mit ihren vielfältigen Bewohner_innen
54	Die Coronapandemie dominiert den Alltag und dämpft die Stimmung
54	Corona verstärkt als Katalysator langfristige Probleme der Großstadt
55	Die Hauptstadt und ihre Bewohner_innen sind politisch interessiert
56	ABBILDUNGSVERZEICHNIS
57	LITERATURVERZEICHNIS
58	DIE AUTOR_INNEN
59	IMPRESSUM



VORWORT

Als Akteur der politischen Bildung ist es für das Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung von großer Bedeutung, die Angebote und Programme an den tatsächlichen Interessen und Bedarfen der Berliner_innen auszurichten. Das gilt umso mehr, weil die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre politische Bildungs- und Beratungsarbeit im Land Berlin intensiviert und ausdehnt. Im Juli 2021 wurde ein eigenständiges Landesbüro Berlin gegründet, das die bisherige landespolitische Arbeit, die als Projekt „BerlinPolitik“ im Rahmen des Forums Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung betreut wurde, mit mehr Ressourcen vertiefen und ausbauen kann. Deshalb hat das neue Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung die vorliegende Studie in Auftrag gegeben, um eine wissenschaftliche Basis für die Neuausrichtung der landespolitischen Arbeit zu erhalten.

Wir wollten wissen, was den Bewohner_innen der Hauptstadt wichtig ist. Was bewegt sie politisch? Welche Entwicklungen sehen sie mit Sorge und welche stimmen sie optimistisch? In welchen Bereichen sehen sie den größten Handlungsbedarf und bevorzugen sie vielleicht bestimmte Lösungen? Wie stark interessieren sich die Berliner_innen für Politik und was sind dabei ihre Informationsquellen? Mit diesen und weiteren Fragen befasst sich die vorliegende Studie, die von der pollytix strategic research gmbh im Frühjahr 2021 durchgeführt wurde.

Dazu fanden sechs Fokusgespräche und eine repräsentative Befragung von 1.000 Berliner_innen statt. Die Studie fiel zeitlich in die dritte Welle der Coronapandemie, sodass die entsprechenden Belastungen und Sorgen für die Befragten eine große Rolle spielen. Corona dämpft die Stimmung in der Stadt, auch wenn sich die Berliner_innen in einzelnen Bereichen, wie etwa der Digitalisierung, Impulse durch die Pandemie erhoffen.

Abgesehen von der Pandemie geht die Studie auf die zentrale Dynamik ein, die Berlin seit Jahren prägt: das Wachstum der Stadt. Im vergangenen Jahrzehnt ist Berlin um knapp 400.000 Menschen gewachsen, was einer Großstadt wie zum Beispiel Bochum entspricht. So viele Menschen mehr benötigen also bezahlbaren Wohnraum, Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Kita- und Schulplätze, Freizeitangebote und müssen sich in der Stadt bewegen. Das bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Stimmung der Berliner_innen. Sie sind einerseits stolz auf die Offenheit, Vielfalt und Anziehungskraft der Metropole, sehen die Verdichtung aber auch mit Sorge, etwa wenn sie zunehmende Rücksichtslosigkeit feststellen und vor allem beim Thema Wohnen.

Bezahlbarer Wohnraum ist das Themenfeld, das die Berliner_innen am meisten beschäftigt und bei dem sie den größten Handlungsbedarf seitens der Politik sehen.

Eng damit verbunden folgt als zweite zentrale Herausforderung die Mobilität. Zu beiden Bereichen erwarten die Bewohner_innen der Hauptstadt von der Politik Lösungen, wobei die Befragten jedoch durchaus gegensätzliche Sichtweisen haben.

Eine Studie wie diese ermöglicht es auch, genauer hinzusehen und Unterschiede auf kleinerem Raum zu untersuchen. Dabei zeigt sich, dass die herkömmliche Trennlinie zwischen Ost- und Westteil der Stadt an Bedeutung verliert. Eine andere, zunehmend diskutierte Trennlinie ist der S-Bahn-Ring. Auch wenn sich die Einstellungen der Berliner_innen zu bestimmten Themen, etwa Mobilitätsanforderungen, unterscheiden, je nachdem, ob sie innerhalb oder außerhalb dieses Rings wohnen: Aus der Studie lässt sich nicht herauslesen, dass die Berliner Bevölkerung grundsätzlich entlang des S-Bahn-Rings gespalten wäre. Dazu sind Innen- und Außenbereiche in sich viel zu heterogen. Vielmehr ist es so, dass es im Kiez ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl gibt, das sich aber nicht über weite Teile des Bezirks oder der Stadt erstreckt.

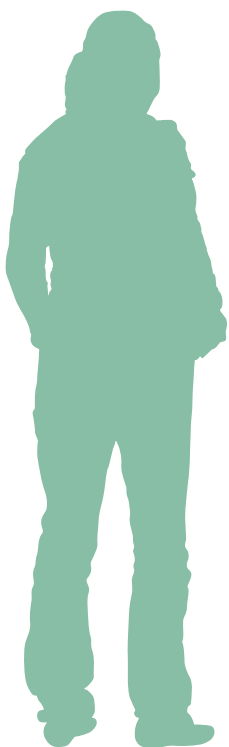
Die Ergebnisse der Studie bieten uns eine gute Orientierung und stellen Anknüpfungspunkte für die politische Bildungsarbeit dar. Diese kann bei den Themen und Anliegen ansetzen, die die Berliner_innen am meisten beschäftigen. In politischen Diskussionsforen oder durch spezifische Bildungsangebote können die prioritären Themen aufgegriffen werden. Das gibt den Bürger_innen die Möglichkeit, ihr Wissen über Politik und politische Zusammenhänge zu vertiefen. Ebenso ermöglichen solche Formate den Dialog zwischen Politik und Verwaltung einerseits und den Berliner_innen andererseits. Auf diese Weise wird der Austausch der Bürger_innen sowohl untereinander als auch mit Vertreter_innen der Politik gefördert. Letztendlich ermöglichen solche öffentlich zugänglichen Bildungsformate politische Teilhabe, was ein zentrales Anliegen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist.

Die vorliegende Studie bildet für die zukünftige politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Land Berlin eine gute Basis. Wir danken den Autor_innen Jana Faus, Rainer Faus und Lutz Ickstadt für die gute Zusammenarbeit und wünschen allen Leser_innen, vor allem denen aus Berlin, eine anregende Lektüre.

Felix Eikenberg

Friedrich-Ebert-Stiftung

Leiter des Landesbüros Berlin



ZUSAMMENFASSUNG

Das Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Erwartungen der Berliner_innen an die Zukunft ihrer Stadt mithilfe eines mehrstufigen Forschungsprozesses untersuchen lassen. Um die Vergleichbarkeit zu vorherigen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu gewährleisten, nutzt auch die vorliegende Studie die Segmentierung aus *Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken* (Faus & Storks 2019), die die Bevölkerung anhand politischer Einstellungsmerkmale in drei Gruppen einteilt: national Orientierte, bewegliche Mitte und weltoffenen Orientierte.

Berlin ist offener, bunter und multikultureller als andere deutsche Städte. Die Stadt wird als Trendsetterin beschrieben (Zwiers, Berseck & Rammler 2020) und Berliner_innen sind besonders stolz auf die Offenheit und Vielfalt ihrer Stadt, die sich auch in ihren Einstellungen widerspiegeln. Das „eine Berlin“ gibt es dabei nicht, jeder Bezirk und jeder Ortsteil zeichnet sich durch seine Besonderheiten aus. Im eigenen Kiez betonen Berliner_innen einen guten Zusammenhalt, der sich bisher aber nicht über mehrere Kieze bzw. Bezirke oder gar über die gesamte Stadt erstreckt. Hier besteht die große Herausforderung darin, den funktionierenden Zusammenhalt aus dem Kiez auf die Ortsteile und Bezirke auszuweiten.

Knapp die Hälfte der Berliner_innen hat aktuell das Gefühl, dass sich die Stadt in die falsche Richtung entwickelt. Maßgeblich lässt sich diese getrübbte Stimmung auf die Coronapandemie und deren Einschränkungen zurückführen. Neben der Coronapandemie gilt die zunehmend wahrgenommene Rücksichtslosigkeit in Berlin als weiterer Grund für die getrübbte Stimmung.

Auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat sich die Pandemie nach Ansicht der Berliner_innen eher schlecht ausgewirkt. Als positive Entwicklung, die durch Corona angestoßen wurde, wird der An Schub für die Digitalisierung genannt. Besorgt sind Berliner_innen insbesondere um den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie um den Erhalt der Kunst- und Kulturszene in Berlin.

Als eine weitere positive durch die Coronapandemie ausgelöste Entwicklung wird die Ausweitung des Homeoffice genannt. Mehr als die Hälfte der Berliner_innen arbeitete während der Pandemie teilweise oder vollständig von zu Hause. Die Nutzung des Homeoffice fällt dabei unterschiedlich aus. Je höher der Bildungsabschluss ist, desto eher können Arbeitnehmer_innen Homeoffice nutzen. Von diesen Erwerbstätigen wünscht sich der Großteil, auch nach der Pandemie die Möglichkeit zu haben, von zu Hause zu arbeiten.

Neben der Coronapandemie gibt es weitere wichtige, langfristige Themen, die Berliner_innen beschäftigen. Das wichtigste Thema der Hauptstädter_innen ist eindeutig bezahlbarer Wohnraum. Die Berliner_innen sind sich einig, dass die Stadt nicht genug unternimmt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Als mögliche Ursache für Wohnraumangel wird das Wachstum der Stadt genannt. Es verfestigt sich dabei der Eindruck, dass aktuell nur Wohnraum für Besserverdiener_innen geschaffen wird. Die beiden favorisierten Lösungsansätze sind, mehr in die Höhe zu bauen sowie verstärkt in den Berliner Außenbezirken zu bauen. Unumstritten sind aber auch diese Maßnahmen nicht.

Beim Thema Mobilität zeigt sich ein vielfältiges Bild. In Berlin gibt es einen Mix aus ÖPNV-Nutzer_innen, Autofahrer_innen, Fahrradfahrer_innen und Fußgänger_innen. Je nach Verkehrsmittelnutzung liegen unterschiedliche Prioritäten vor. Außerdem zeigt sich, dass die Mobilitätsbedürfnisse innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings unterschiedlich sind. So sind außerhalb des S-Bahn-Rings mehr Berliner_innen auf ein Auto angewiesen, während innerhalb des S-Bahn-Rings häufiger das Fahrrad genutzt wird. Mit ihrem ÖPNV sind Berliner_innen weitgehend zufrieden. Es braucht jedoch neue Konzepte, um die

grundsätzliche Zufriedenheit der Berliner_innen aufrechtzuerhalten und damit auch zukünftig eine adäquate Infrastruktur bei weiterem Wachstum bereitzustellen.

Bildung und Soziales spielen für die Berliner_innen in den kommenden Jahren ebenfalls eine wichtige Rolle – vermutlich weil auch hier, besonders beim Thema Bildung, große Unzufriedenheit herrscht, für die die Coronapandemie als zusätzlicher Katalysator fungiert hat. Gerade Eltern litten während der Coronapandemie unter der Doppelbelastung von Homeoffice und Homeschooling.

Die Themen Migration und Integration spielen aktuell keine große Rolle, insgesamt wird das Thema Migration aber dennoch negativ bewertet. Die Spaltungslinie verläuft hier entlang der Einstellungen zu „Abschottung“ versus „Weltoffenheit“.

Während Klima- und Umweltschutz auf der bundespolitischen Agenda weiterhin das wichtigste Thema ist, steht es in Berlin an fünfter Stelle. Die Mehrheit der Berliner_innen ist bereit, Einschränkungen des eigenen Lebensstils hinzunehmen, wenn dafür der Klima- und Umweltschutz vorangetrieben wird. Lediglich unter den national Orientierten ist eine Mehrheit nicht bereit, persönliche Einschränkungen für den Klimaschutz zu akzeptieren.

Berlins Wirtschaftskraft wird mehrheitlich positiv bewertet und auch der Blick auf die zukünftige Entwicklung der Stadt ist positiv. Unterschiede bei Bewohner_innen innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings gibt es kaum. Und auch bei der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage sind die meisten Berliner_innen positiv gestimmt. Auf Wirtschaftsförderung angesprochen, präferieren Berliner_innen eine Förderung des Wissenschaftsstandorts und eine stärkere Förderung von Kunst und Kultur. Kunst und Kultur sind Berliner_innen wichtig, daher sind sie um die Auswirkungen der Pandemie besorgt. Grundsätzlich sind sie sich einig, dass die Kunst- und Kulturlandschaft in Berlin vielfältig ist, und wünschen sich daher auch deren Erhalt durch staatliche Förderung, auch im Kiez.

In der Eigenwahrnehmung interessiert sich die Mehrheit der Berliner_innen für politische und gesellschaftliche Themen. Die wichtigste Quelle für politische Informationen ist dabei das Fernsehen, gefolgt von Online-Nachrichtenseiten. Die gedruckte Zeitung, soziale Medien und das Radio sind insgesamt weniger relevant. Allerdings unterscheidet sich die Mediennutzung stark nach Bildungs-, Alters- und Segmentgruppen. So nutzen jüngere Berliner_innen wesentlich häufiger Online-Quellen, Ältere primär Offline-Quellen und Berliner_innen mit niedrigerer Schulbildung sowie national Orientierte informieren sich häufiger über soziale Medien als Berliner_innen mit höherer Schulbildung oder weltoffenen Orientierte.



1. EINLEITUNG

Berlin ist die größte Metropole Deutschlands. Sie wird meist als bunt, facettenreich und als Trendsetterin beschrieben (Zwiers, Berseck & Rammler 2020). Impulse zu neuen Lebens- und Arbeitsformen haben nicht selten hier ihren Ursprung – seien es innovative Start-ups oder neue Lebensentwürfe.

Dabei hat die Stadt sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und wuchs vor allem im letzten Jahrzehnt kontinuierlich: 2011 lebten noch ca. 3,3 Millionen Menschen in Berlin. 2020 sind es bereits knapp 3,7 Millionen (Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg 2021). Das Plus entspricht in etwa der Bevölkerung einer mittelgroßen deutschen Stadt. Neben einem weiteren Wachstum legen Bevölkerungsprognosen außerdem eine spannende Entwicklung nahe: Durch die anhaltende Zuwanderung wird die Bevölkerung Berlins immer jünger. Bereits jetzt sind Berliner_innen im Schnitt etwas jünger als der Bundesdurchschnitt.

Auch wenn die deutsche Hauptstadt im positiven Sinne häufig Impulsgeberin ist, gibt es gleichzeitig Wachstumsschmerzen und soziale Problemlagen. Daher soll in der vorliegenden Studie des Landesbüros Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht werden:

- Wie sehen Berliner_innen ihre Stadt? Und wie sehen sie sich selbst?
- Was macht Berlin für seine Bewohner_innen aus, was macht Berlin lebenswert und was nicht?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es zwischen Berliner_innen? Gibt es ein Zusammengehörigkeitsgefühl?
- Welche Folgen hat die Coronapandemie für Berlin?
- Welche Einstellungen haben Berliner_innen gegenüber der Politik in Berlin? In welchen Bereichen sehen sie Handlungsbedarf? Und wie wirkt sich die Coronapandemie auf die Wahrnehmung der Berliner Politik aus?
- Was sind die dringendsten Probleme der Stadt, die es zu lösen gilt?
- Gibt es hierbei regionale Unterschiede innerhalb Berlins?

Insbesondere die Unterschiede auf kleinster Ebene sind interessant, da Einstellungsunterschiede auf engem Raum in größeren, bundesweiten Untersuchungen verborgen bleiben. Gerade Großstädte – wie Berlin – bieten sich dafür an, regionale Unterschiede auf kleinster Ebene zu untersuchen, denn sie zeigen wie in einem Brennglas gesellschaftliche Entwicklungen, die später das ganze Land betreffen.

2. METHODE

Grundlage der Ergebnisse dieser Studie ist ein mehrstufiger Forschungsprozess. In einem ersten Schritt wurden vom 13. bis 15. April 2021 sechs qualitative Fokusgruppen mit jeweils sechs bis sieben Teilnehmer_innen durchgeführt. Insgesamt nahmen $n = 38$ Teilnehmer_innen an den zweistündigen Fokusgruppen teil. Die Grundgesamtheit bildete die bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren. Aufgrund der pandemiebedingten Reise- und Kontaktbeschränkungen wurden die Fokusgruppen online als Videokonferenz durchgeführt.

Bei der Auswahl der Teilnehmer_innen wurde auf einen ausgewogenen soziodemografischen Mix hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund, Berufstätigkeit und Kindern im Haushalt geachtet. Um auch geografische Unterschiede qualitativ abbilden zu können, wurden jeweils zwei Gruppen mit Berliner_innen, die innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings wohnen, und vier Gruppen mit Berliner_innen, die außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings wohnen, durchgeführt (zwei außerhalb des S-Bahn-Rings in Berlin Ost sowie zwei außerhalb des S-Bahn-Rings in Berlin West).

Die offene, leitfragengestützte Diskussion ermöglichte ein tiefer gehendes Verständnis von Meinungen und Argumenten, ohne Antworten durch vorgegebene Kategorien zu begrenzen oder zu lenken. Inhalt der Fokusgruppen waren die Stimmung und das Lebensgefühl in Berlin, Erwartungen an Berlins zukünftige Entwicklung sowie Erwartungen an die Berliner Politik und Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf die Coronapandemie.

Darauf aufbauend erfolgte zwischen dem 26. April und dem 6. Mai 2021 eine quantitative Bevölkerungsbefragung. Die Grundgesamtheit der Stichprobe von $n = 1.002$ Befragten bildete ebenfalls die bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren.

Die Daten wurden mittels einer Kombination aus telefonischer Befragung und Online-Befragung erhoben (Hybridbefragung): $n = 667$ Wahlberechtigte wurden mittels computergestützter telefonischer Interviews befragt (CATI-Methode, ADM-Festnetzstichprobe), weitere $n = 335$ Wahlberechtigte mittels einer Online-Befragung (CAWI-Methode, quotierte Stichprobenziehung aus Online-Access-Panel).

Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 22 Minuten. Die Daten wurden gemäß der amtlichen Statistik gewichtet, um die Repräsentativität der Ergebnisse zu gewährleisten. Bei $n = 1.002$ Befragten beträgt die maximale Fehlertoleranz bei einem 95%-Konfidenzintervall 3,1 Prozentpunkte.

Der Fragebogen der quantitativen Befragung beruht zum Teil auf den Ergebnissen aus der qualitativen Erhebung. Die Ergebnisse der quantitativen Befragung liefern belastbare Zahlen, ermöglichen Einblicke in unterschiedliche Subgruppen und zeigen Unterschiede zwischen diesen. Gegenstand der Befragung waren wiederum Stimmung und Lebensgefühl in Berlin, Probleme und Herausforderungen mit politischem Handlungsbedarf allgemein sowie die Coronapandemie und ihre Auswirkungen auf die Berliner_innen.

Um an bisherige FES-Studien anknüpfen zu können, wurde außerdem die Segmentierung nach Faus & Storks (2019) repliziert.¹ Die Segmentierung teilt die Bevölkerung in national Orientierte, weltoffen Orientierte sowie dazwischen die bewegliche Mitte ein und fokussiert damit einen zentralen Punkt gesellschaftlicher Polarisierung (Faus, Faus & Gloger 2016; Faus & Storks 2019).

Sie verläuft maßgeblich entlang der Spaltungslinie „Abschottung/national orientiert“ versus „Weltoffenheit“. In der einen Gruppe befinden sich vor allem Bürger_innen, die einen starken souveränen Nationalstaat präferieren, eine Leitkultur befürworten und Migration sowie offenen Grenzen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die andere Gruppe besteht aus Menschen, die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung präferieren, in kulturellen Fragen sozialliberale Positionen vertreten und weltoffen sowie aufgeschlossen gegenüber Migration und offenen Grenzen sind. Zwischen einer eher national-traditionellen Gruppe und einer weltoffen-pluralistischen Gruppe gibt es die bewegliche Mitte, die sich weniger deutlich positioniert. Mit den unterschiedlichen Einstellungen der Gruppen zu gesellschaftlichen Themen gehen auch unterschiedliche politische und Parteipräferenzen einher.

In den Studien *Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog* (Hartl & Faus 2020) sowie *Nebeneinander oder miteinander? Nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Corbusierhaus Berlin* (Faus & Ickstadt 2020) wurde die Segmentierung bereits erfolgreich repliziert. Da sich die Segmentierung in den vorherigen Studien bewährt hat, findet sie in der vorliegenden Studie erneut Anwendung.



1 Hierzu wurden vier Items genutzt, die (zum Teil umgepolt) zur Bildung einer Skala in Form eines Mittelwertindex dienen:

- (1) „Deutschland und die anderen EU-Länder sollten wieder mehr Entscheidungen alleine treffen dürfen.“
- (2) „Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vorteile als Nachteile.“
- (3) „Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich in Deutschland zu viel um Minderheiten gekümmert.“
- (4) „Durch die vielen Ausländer fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“

3. SELBSTBILD DER BERLINER_INNEN

BERLIN IST BUNT! POSITIVES SELBSTBILD DER BERLINER_INNEN DECKT SICH MIT WELTOFFENEN EINSTELLUNGEN

Die Hauptstadt wird meist als vielfältig, facettenreich und nicht selten als Trendsetterin beschrieben (Zwiers, Berseck & Rammler 2020). 82 Prozent der Berliner_innen geben an, dass sie gern in Berlin leben. Was aber macht das Leben in Berlin aus? Dies lässt sich am besten durch Vergleiche beschreiben und daher wurden die Berliner_innen gebeten, einen Vergleich zum Rest von Deutschland zu ziehen und den folgenden Satz mit einem Wort zu vervollständigen: „Im Vergleich zum Rest von Deutschland sind wir in Berlin viel ...“

Abbildung 1 zeigt, dass Berliner_innen sich selbst als (welt-)offen, multikulturell und bunt beschreiben. Die Bürger_innen haben ein positives Bild ihrer Stadt. Sie sehen sich und Berlin als vielfältig – dies gilt sowohl für die Bewohner_innen und ihre vielfältigen Lebensentwürfe als auch für die kulturellen Angebote in der Stadt.

Hier zeigt sich aber schon, dass die schiere Größe und das Wachstum der Stadt ein Thema für die Berliner_innen sind („mehr Menschen“). Negative Zuschreibungen wie „ärmer“ oder „chaotischer“ kommen verhältnismäßig selten vor.

ABBILDUNG 1:
Berliner Selbstbild

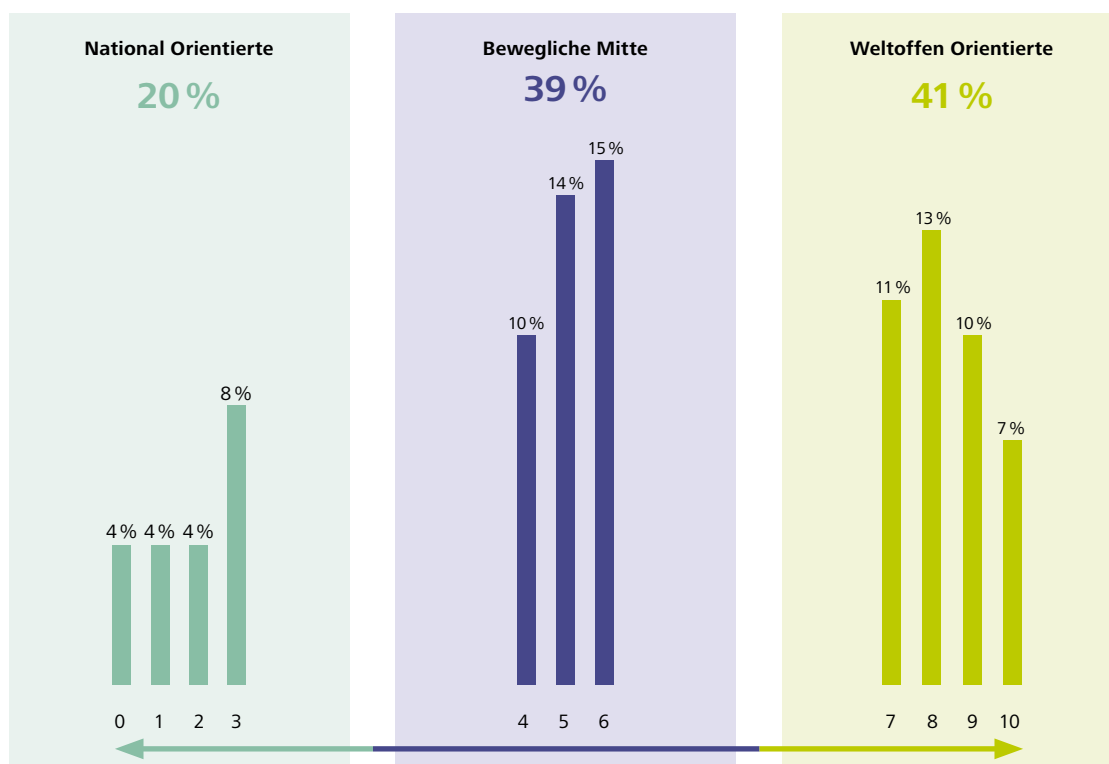
Bitte vervollständigen Sie folgenden Satz mit einem Wort:
Im Vergleich zum Rest von Deutschland sind wir in Berlin viel ...



Basis: alle Wahlberechtigten.

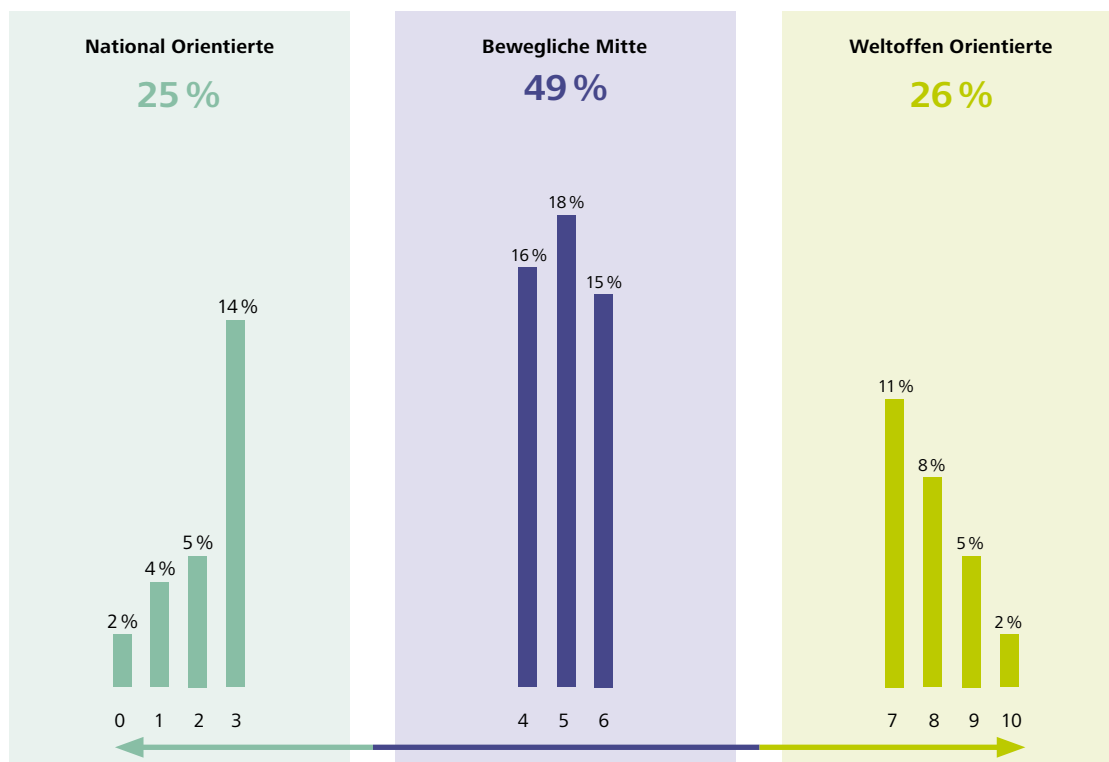
Das Berlin-Bild der Berliner_innen korrespondiert mit ihren tatsächlichen Einstellungen: 41 Prozent der Berliner_innen sind – entsprechend der Segmentierung, die in Kapitel 2 vorgestellt wurde – als weltoffen zu charakterisieren. 39 Prozent werden der beweglichen Mitte und 20 Prozent den national Orientierten zugeordnet (siehe Abbildung 2). Innerhalb Berlins gibt es dabei regionale Unterschiede. So ist der Anteil der national Orientierten mit 23 Prozent im Osten der Stadt etwas höher als im Westen mit 17 Prozent, der Anteil der beweglichen Mitte ist mit 38 Prozent im Osten und 40 Prozent im Westen etwa gleich groß und der Anteil der weltoffenen Orientierten ist im Westen mit 43 Prozent etwas höher als in Ostberlin mit 39 Prozent.

ABBILDUNG 2:
Segmentierung (Berlin)



Basis: alle Wahlberechtigten.

ABBILDUNG 3:
Segmentierung (Bund)



Basis: alle Wahlberechtigten. Quelle: Faus & Storcks 2019.

Hinsichtlich des Alters zeigen sich deutlichere Unterschiede in der Segmentierung. Berliner_innen unter 40 sind überdurchschnittlich häufig weltoffen orientiert, 40- bis 59-Jährige sind hingegen häufiger national orientiert und Berliner_innen über 60 gehören am häufigsten zur beweglichen Mitte.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich zur bundesweiten Verteilung der Segmente in Abbildung 3. Im Bundesdurchschnitt waren es 2019 ca. 50 Prozent, die sich der beweglichen Mitte und jeweils ca. 25 Prozent, die sich den Gruppen der national Orientierten bzw. weltoffen Orientierten zuordnen ließen (Faus & Storks 2019). Berliner_innen sind demnach deutlich weltoffener.

Auch in der qualitativen Stufe zeigte sich, dass sich Berliner_innen als weltoffen, liberal und tolerant definieren. Die große Diversität bzw. Vielfalt von Menschen, die Berlin beherbergt, wird in allen Fokusgruppen äußerst positiv hervorgehoben. Dazu identifizieren Berliner_innen auch eine hohe Toleranz und somit ein grundsätzlich gutes „Miteinander“.

KIEZ VOR STADT: ZUSAMMENHALT ÜBER DIE GESAMTE STADT NICHT STARK AUSGEPRÄGT

Das eine weltoffene Berlin, das über verschiedene Kieze existiert, gibt es dennoch nicht. Dafür seien Berliner_innen doch zu unterschiedlich. Vielmehr gehe es in Berlin um „leben und leben lassen“. Die Bürger_innen identifizieren sich eher mit dem eigenen Kiez, „wo man unter sich ist“. Kiez-Bewohner_innen schaffen sich „ihr Berlin“ selbst und spüren dort viel Zusammenhalt.

*„Wer nach Berlin zieht, der mag es, dass jeder Kiez anders ist. Das macht Berlin aus.“
(Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)*

„Derjenige, der in Berlin wohnt, sagt, er ist Kreuzberger oder Schöneberger – nicht Berliner.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Berlin ist vielschichtig. Fährt man vier Stationen weiter, ändert sich die Welt völlig. Ich kann nicht sagen, wie Berlin ist.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Allerdings sehen einige darin ein Spannungsverhältnis. So wird positiv hervorgehoben, dass sich jede_r frei entfalten kann. Gleichzeitig empfinden es einige Bürger_innen als negativ, dass jede_r tun und lassen kann, was er/sie will, und das ohne Rücksichtnahme. Wie bereits frühere Forschung in Berlin zeigte, funktioniert sozialer Zusammenhalt nur auf der nachbarschaftlichen Ebene und überträgt sich nicht auf größere Einheiten wie Bezirke oder gar die gesamte Stadt. Eine mögliche Erklärung ist, dass in homogenen Kiezen das Miteinander bzw. der Zusammenhalt gut funktioniert. In größeren, meist heterogeneren Einheiten wird es dann immer schwieriger, das gleiche Miteinander bzw. den gleichen Zusammenhalt zu leben, da Gemeinsamkeiten fehlen, die zum Zusammenhalt beitragen (Faus & Ickstadt 2020). Ein Grund hierfür könnte auch die Berliner Bezirksreform sein, da hierdurch viele kleinere Verwaltungseinheiten zu größeren zusammengeschlossen wurden, die historisch so nicht gewachsen sind. Besonders deutlich wird dies in den Bezirken Pan-kow und Mitte.

Das wird auch in den Fokusgruppen immer wieder deutlich. Im Kiez gibt es ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis. Man kennt sich und achtet aufeinander. Schaut man sich aber bereits die nächstgrößere Gliederung an, sehen Berliner_innen eher Spaltung als Zusammenhalt. Die Unterschiede, hinsichtlich der Interessen oder des soziodemografischen Hintergrunds, sind gefühlt zu groß, um Zusammenhalt über verschiedene Bezirke Berlins zu ermöglichen.

„Innerhalb vom Kiez gibt es Nachbarschaftsverhältnis. Das ist wie auf dem Dorf, man achtet aufeinander. Das ist schön.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Es gibt keinen Zusammenhalt in Berlin. Es besteht aus so vielen verschiedenen Kuchenstücken. Man hat die Köpenicker, die Union Berlin unterstützen, dann hat man Berliner, die Hertha unterstützen, dann die Zugezogenen in Mitte, im Südwesten die Reicheren, die nichts mit den anderen zu tun haben wollen.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Es gibt unterschiedliche Klassen in Berlin. Das kann man auch in den Bezirken gut erkennen, dass sich Menschen spalten. Die Menschen sind pro Bezirk sehr unterschiedlich.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

Nur vereinzelt gibt es auch andere Meinungen, die Zusammenhalt über verschiedene Kieze identifizieren. Aber selbst wenn Zusammenhalt genannt wird, dann nur im Verhältnis zu Menschen außerhalb Berlins.

„Uns verbindet, dass wir Berliner sind. Es ist egal, aus welchem Kiez man kommt. Außerhalb von Berlin sind wir Berliner und das ist der Zusammenhalt.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)



4. STIMMUNG IN BERLIN

DIE CORONAPANDEMIE TRÜBT DIE STIMMUNG

Obwohl Berliner_innen von sich und ihrer Stadt grundsätzlich ein positives Bild haben, ist die Stimmung zurzeit getrübt. So hat jede_r Zweite das Gefühl, dass sich Berlin eher in die falsche Richtung entwickelt. Die insgesamt eher schlechte Stimmung ist maßgeblich durch die Coronapandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen in allen Lebensbereichen begründet. Aber auch die Rücksichtslosigkeit, die sich während der Coronapandemie aus Sicht der Berliner_innen verstärkt hat, wird als Ursache dafür genannt, dass die Stimmung in Berlin zurzeit eher schlecht ist.

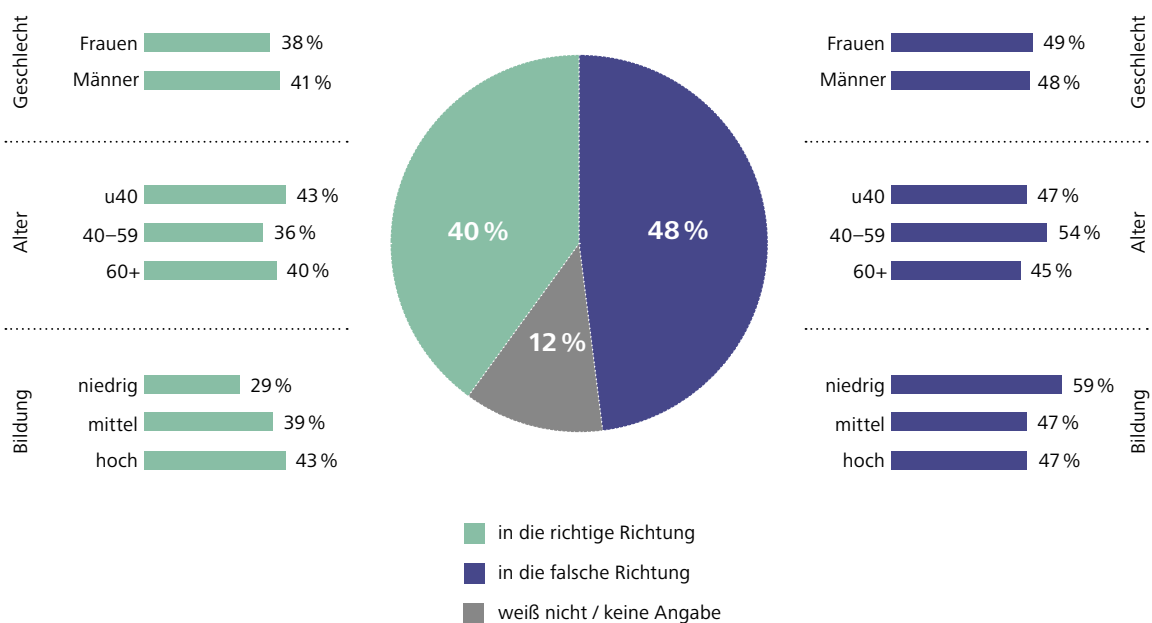
„Durch die Ellbogengesellschaft, die in Berlin entstanden ist, habe ich die Schnauze voll. Es nimmt keiner mehr Rücksicht. In der Pandemie hat es sich verstärkt, dass die Menschen egoistischer werden.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Durch die Pandemie sind Unterschiede verschärft worden. Es gibt viele, die arbeitslos geworden sind, die in Kurzarbeit sind. Die, die Mieten nicht mehr zahlen können, sind gezwungen, in Stadtteile zu ziehen, wo die Mieten günstiger sind. Die Spannungen sind größer geworden.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

Die unterschiedlichen Beurteilungen lassen sich aber auch auf Alters- und Bildungsunterschiede zurückführen. So bewerten Berliner_innen mittleren Alters (zwischen 40 und 59 Jahren) sowie Berliner_innen mit niedriger Bildung die aktuelle Entwicklung besonders negativ (siehe Abbildung 4). Grund hierfür ist, dass Berliner_innen mit niedriger Schulbildung seltener im Homeoffice arbeiten können und sie dadurch von der Pandemie stärker betroffen sind als Berliner_innen mit höherer Bildung, die eher Bürojobs haben, die sich auch im Homeoffice erledigen lassen. Entsprechend geben 45 Prozent der Erwerbstätigen, die vollständig oder teilweise im Homeoffice arbeiten, an, dass sich Berlin ganz allgemein eher in die richtige Richtung entwickelt. Bei den Erwerbstätigen, die nicht im Homeoffice arbeiten, sind es nur 36 Prozent.

ABBILDUNG 4:
Stimmung in Berlin

Würden Sie sagen, dass sich Berlin ganz allgemein eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung entwickelt?



Basis: alle Wahlberechtigten.



TROTZ GETRÜBTER STIMMUNG WERDEN CORONA-MASSNAHMEN WEITERHIN BEFÜRWORDET

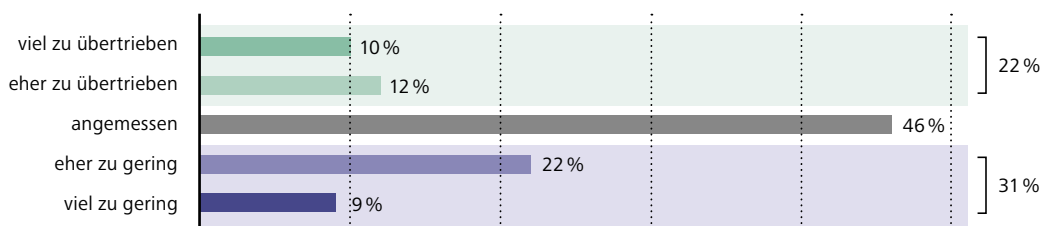
Die Auswirkungen der Coronapandemie können noch nicht abschließend bewertet werden. Während des Erhebungszeitraums befand sich Deutschland und damit auch Berlin inmitten der dritten Welle mit den damit verbundenen Einschränkungen. Die Coronapandemie dominierte also die politische Agenda. Damit einher ging eine insgesamt sehr hohe Unzufriedenheit mit dem Coronamanagement der Bundes- und Landesregierungen, da ein Ende der Einschränkungen noch nicht absehbar war, Impfungen nur schleppend vorangingen und sich somit eine „Coronamüdigkeit“ in der Bevölkerung breitmachte. Neben den unmittelbaren Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus werden psychische Folgen der Coronapandemie genannt.

„Ich war lange Zeit mit der Pandemiepolitik zufrieden. Die letzten Änderungen sind nicht so gut. Es hat psychische Folgen. Ich möchte nach Feierabend die Möglichkeit haben, Menschen zu treffen. Das Verständnis hört auf.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Trotz der getrübbten Stimmung (siehe Abbildung 5) hält die Mehrheit der Berliner_innen die Maßnahmen der Berliner Politik gegen die Ausbreitung des Coronavirus zum Zeitpunkt der Befragung für angemessen (46 Prozent) und tendenziell eher für zu gering (31 Prozent) als zu übertrieben (22 Prozent).

ABBILDUNG 5:
Einstellung zu Berliner Coronamaßnahmen

Halten Sie die Anstrengungen der Berliner Politik gegen die Ausbreitung des Coronavirus momentan für ...?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: sonstige / weiß nicht / keine Angabe.

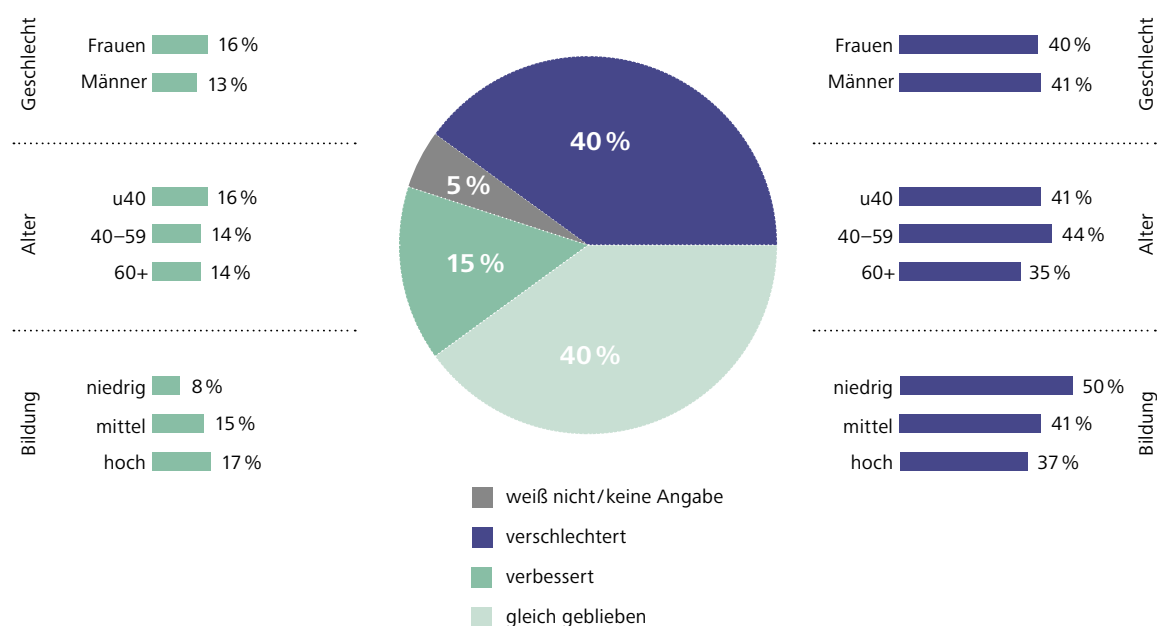
DER ZUSAMMENHALT LEIDET UNTER DER ANHALTENDEN PANDEMIE

Trotz der grundsätzlichen Akzeptanz der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung: Die Coronapandemie hinterlässt Spuren in der Bevölkerung. Das zeigt sich beispielsweise in der Frage nach der Veränderung des Zusammenhalts in Berlin seit dem Beginn der Pandemie.

ABBILDUNG 6:

Zusammenhalt während der Coronapandemie

Hat sich der Zusammenhalt Ihrer Meinung nach in Berlin seit Beginn der Coronapandemie verbessert, verschlechtert oder nicht verändert?



Basis: alle Wahlberechtigten. Abweichungen rundungsbedingt.

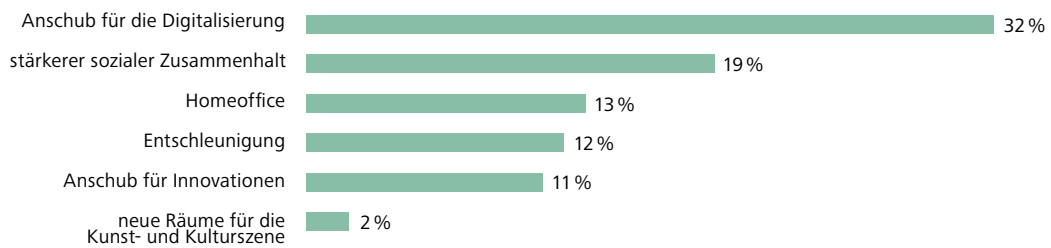
So sehen 40 Prozent den Zusammenhalt durch die Coronapandemie als geschwächt an, nur 15 Prozent sehen eine pandemiebedingte Verbesserung. In Abbildung 6 fällt erneut auf, dass es insbesondere mittelalte sowie Berliner_innen mit niedriger Bildung sind, die am stärksten eine Verschlechterung des Zusammenhalts seit Beginn der Coronapandemie beklagen. Auch hier scheint die Möglichkeit zum Homeoffice eine Erklärung zu sein. Während Erwerbstätige, die nicht im Homeoffice arbeiten, zu 49 Prozent eine Verschlechterung des Zusammenhalts beklagen, sind es bei den Erwerbstätigen im Homeoffice lediglich 39 Prozent. Darüber hinaus beklagen vor allem Berliner_innen mit Migrationshintergrund (50 Prozent von ihnen) sowie national Orientierte (57 Prozent) eine Verschlechterung des Zusammenhalts seit Beginn der Coronapandemie.

LICHTBLICKE: DIE PANDEMIE WIRD NICHT AUSSCHLISSLICH MIT NEGATIVEN ENTWICKLUNGEN VERKNÜPFT

Nach ihren größten Hoffnungen gefragt, was sich durch die Krise in Berlin zum Positiven verändern könnte, wird in erster Linie der Digitalisierungsschub genannt. Zudem nennen die Befragten einen Wunsch nach stärkerem sozialen Zusammenhalt (meist auf kleinster lokaler Ebene durch Initiativen wie „Support your Local“) und angenehmeren Arbeitsbedingungen durch mehr Homeoffice (siehe Abbildung 7). Diese Hoffnungen widersprechen nicht dem Befund, dass der soziale Zusammenhalt in der Pandemie von 40 Prozent der Bürger_innen als rückläufig angesehen wird.

ABBILDUNG 7:
Coronahoffnungen

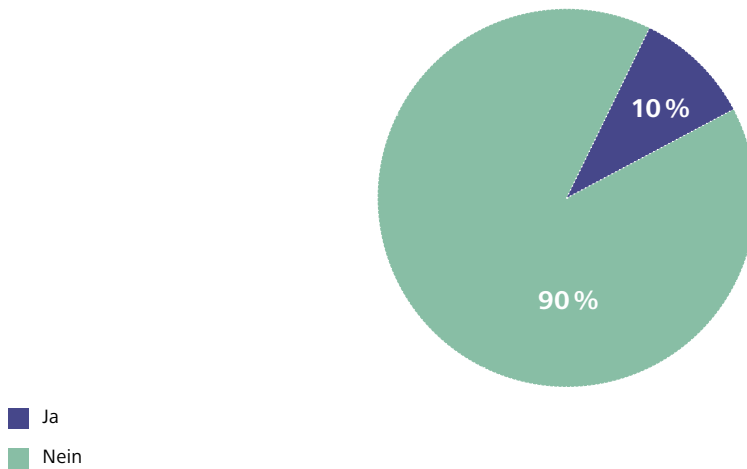
Was ist Ihre größte Hoffnung, was sich durch die Krise in Berlin zum Positiven verändern könnte?



Basis: alle Wahlberechtigten (CAWI). Fehlende Werte: sonstige/weiß nicht/keine Angabe.

ABBILDUNG 8:
Kurzarbeit während der Coronapandemie

Ich bin oder war während der Coronakrise in Kurzarbeit.



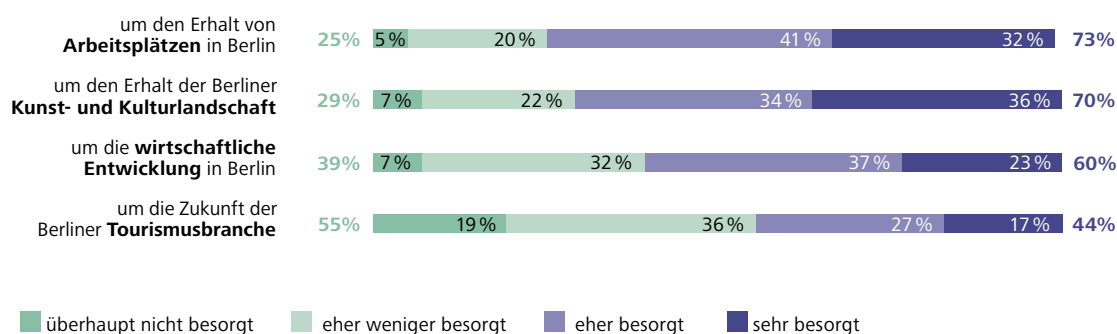
Basis: alle Erwerbstätigen. Fehlende Werte: weiß nicht/möchte ich nicht sagen.

Die negativen pandemiebedingten Entwicklungen sind vielseitig. Die Berliner_innen sorgen sich um dauerhafte Einschränkungen von Freiheiten, nachlassenden sozialen Zusammenhalt, aber auch Sorgen wirtschaftlicher Art sind präsent. Die Sorge um wirtschaftlichen Abschwung ist verständlich, immerhin war jede_r zehnte Erwerbstätige in Berlin seit Beginn der Coronakrise in Kurzarbeit (oder ist aktuell davon noch betroffen, siehe Abbildung 8).

Nach Sorgen um verschiedene Bereiche in der Coronakrise gefragt, zeigt sich, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen die größte Sorge der Berliner_innen ist (Abbildung 9). Knapp drei Viertel geben an, dass sie eher oder sehr besorgt sind. Etwas geringer fällt die Sorge um den Erhalt der Kunst- und Kulturlandschaft in Berlin aus. Immerhin 60 Prozent sorgen sich um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Berlins. Deutlich weniger sorgen sich Berliner_innen um die Tourismusbranche. Hier ist eine knappe Mehrheit sogar weniger bis gar nicht besorgt.

ABBILDUNG 9:
Coronasorgen

Bitte sagen Sie mir, wie sehr Sie sich in der aktuellen Coronakrise um die folgenden Dinge sorgen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

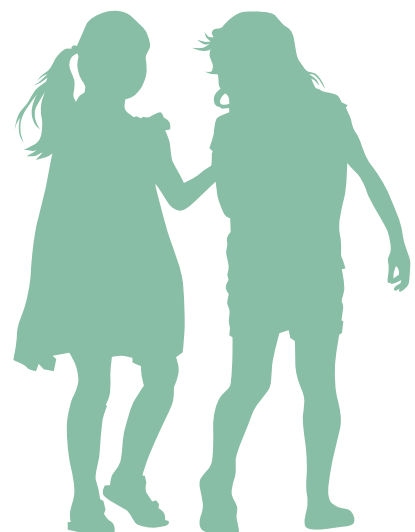
DIE BERLINER_INNEN BLICKEN TROTZ KRISE OPTIMISTISCH IN DIE ZUKUNFT

Obwohl die oben erwähnten Sorgen über die Auswirkungen der Coronapandemie sehr präsent sind und viele Berliner_innen diese Auswirkungen entweder direkt oder indirekt spüren, sind die meisten relativ zuversichtlich, dass sich Berlin schnell wieder erholen wird. Um die Tourismusbranche sorgen sich die Berliner_innen weniger als um den Erhalt der Kunst- und Kulturlandschaft. Sobald die Coronamaßnahmen gelockert würden, kämen auch die Tourist_innen nach Berlin zurück und würden den gebeutelten Branchen Gastronomie und Hotelgewerbe wieder zum Aufschwung verhelfen. Anders sehen die Berliner_innen dies beim Clubangebot oder dem vielfältigen Einzelhandelsangebot. Vor allem sorgt man sich, dass kleinere Betriebe es nicht durch die Coronakrise schaffen und danach nur noch große Handelsketten ihre Ladentür wieder öffnen. Daher wünschen sich die Berliner_innen hier eine klare finanzielle Strategie, um die lokale Wirtschaft gezielt zu unterstützen.

„Man sieht den Ruin der Einzelunternehmer. Man spürt die Insolvenzanträge und die Kurzarbeit. Man muss gucken, wie man da am besten wieder eingreifen und die Wirtschaft ankurbeln kann.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Ich glaube nicht, dass es Berlin nach der Pandemie schlecht gehen wird. Es wird eine schlimme Phase geben für Menschen, die in den betroffenen Branchen arbeiten. Viele werden es nicht schaffen in der Pandemie. Berlin ist aber attraktiv für Menschen, die Kultur wollen, die einkaufen wollen, Restaurants besuchen. Das kommt wieder. Es werden dann andere die Geschäfte oder Clubs betreiben. Die Stadt behält die Attraktivität.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Es wird einen wirtschaftlichen Aufschwung geben nach der Pandemie. Die Touristen werden wieder kommen, die Menschen müssen versorgt werden. Kultur muss in Gang kommen. Die Menschen, die in Kurzarbeit sind, werden wieder Vollzeit arbeiten. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass das Geld, das der Senat investieren wollte, fehlen wird.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

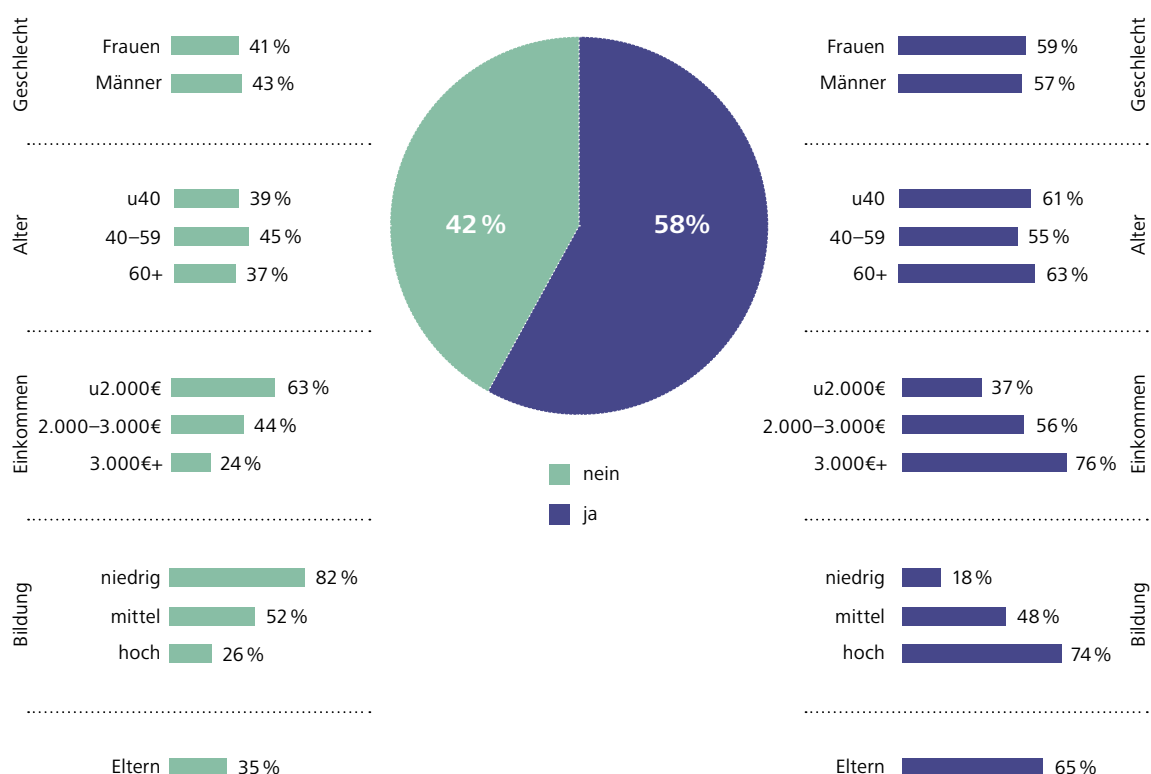


„WIR BLEIBEN ZU HAUSE“: HOMEOFFICE ERLEBT AUF SCHWUNG WÄHREND DER CORONAPANDEMIE

Ein Trend, der sich in der Coronapandemie stark ausgeweitet hat, ist die Arbeit im Homeoffice. Das Homeoffice war einer von vielen Lösungsansätzen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu minimieren. Während das Arbeiten im Homeoffice noch vor wenigen Jahren eher eine Randerscheinung war, geben in der Coronakrise 58 Prozent der erwerbstätigen Berliner_innen an, mindestens teilweise im Homeoffice zu arbeiten. Wie bereits in Kapitel 3 angesprochen wurde, wird Homeoffice stärker von Berliner_innen mit höherer Bildung, höherem Einkommen und eher von Eltern genutzt. Erwerbstätige mit niedrigerer Bildung bzw. niedrigerem Einkommen haben hingegen viel seltener die Möglichkeit, von zu Hause zu arbeiten (siehe Abbildung 10). So geben lediglich 18 Prozent der Berliner_innen mit niedriger Schulbildung an, vollständig oder teilweise im Homeoffice zu arbeiten. Bei den Berliner_innen mit hoher Schulbildung sind es hingegen knapp drei Viertel. Wie bereits im vorherigen Abschnitt beschrieben, ergeben sich hieraus unterschiedliche Belastungen während der Coronapandemie.

ABBILDUNG 10:
Homeoffice

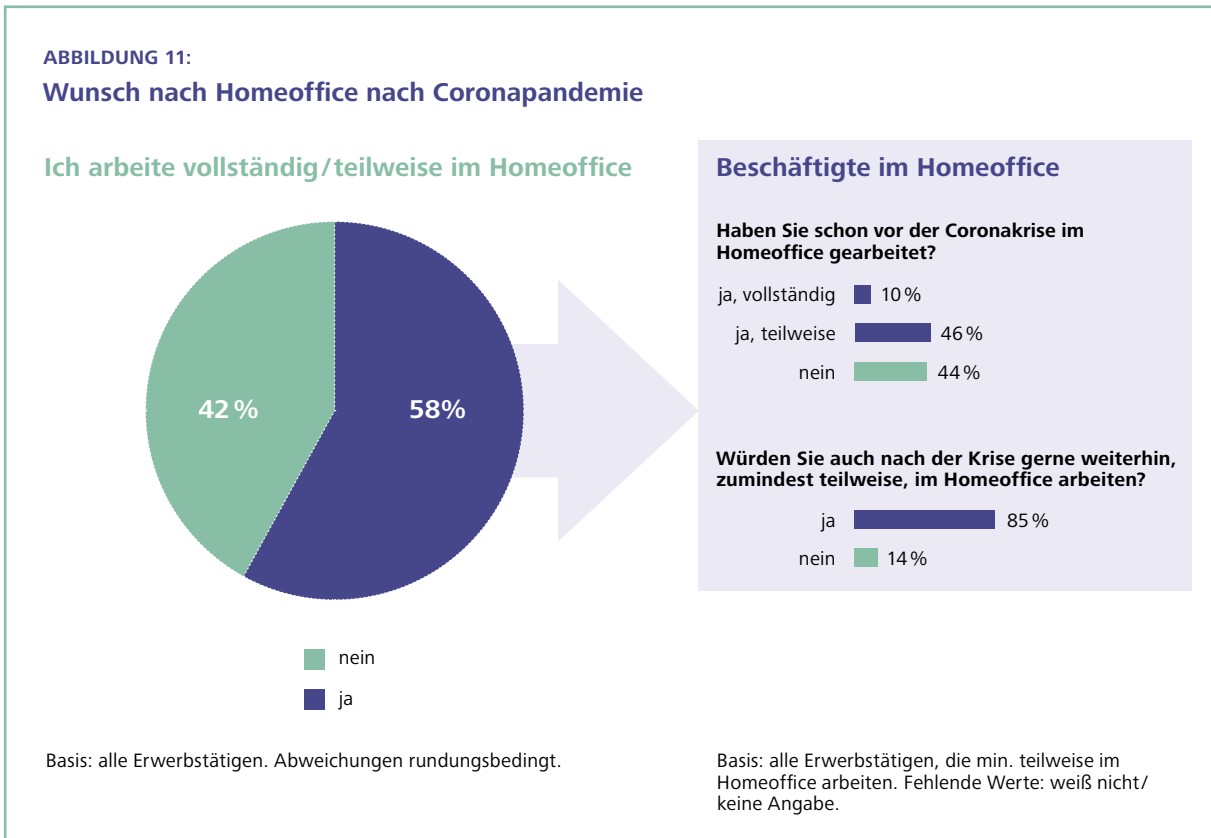
Ich arbeite vollständig/teilweise im Homeoffice.



Basis: alle Erwerbstätigen. Abweichungen rundungsbedingt. Vorsicht: zum Teil kleine Fallzahlen in Subgruppen

Von denjenigen, die bereits mindestens teilweise im Homeoffice arbeiten, wünschen sich 85 Prozent, dass sie auch nach der Coronakrise zumindest teilweise im Homeoffice arbeiten können – wie Abbildung 11 zeigt. Bereits vor der Coronakrise hat knapp jede_r Zweite, die/der heute im Homeoffice arbeitet, teilweise im Homeoffice gearbeitet, 10 Prozent sogar vollständig. Weitere 44 Prozent haben zuvor noch nicht im Homeoffice gearbeitet und nutzen dies erst seit der Coronakrise.

VIELE ERWERBSTÄTIGE WÜNSCHEN SICH AUCH NACH DER KRISE FLEXIBILITÄT



Wie sich der Trend zum Arbeiten im Homeoffice weiterentwickeln wird, lässt sich anhand der vorliegenden Studie nicht vorhersagen. Vermutlich wird sich diese Form des Arbeitens weiter etablieren, die erwerbstätigen Berliner_innen wünschen es sich zumindest. Die zunehmende Verlagerung ins Homeoffice – wenn auch nur teilweise und nicht vollständig – wird auch Auswirkungen auf andere Lebensbereiche haben. Wohnungen müssen groß genug sein, um einen Arbeitsplatz zu ermöglichen. Die Mobilitätsanforderungen der Erwerbstätigen werden sich ändern, wenn mehr von zu Hause gearbeitet wird und Erwerbstätige nicht mehr täglich zur Arbeit pendeln müssen. Und nicht zuletzt ist eine bessere digitale Infrastruktur unerlässlich, um reibungsloses Arbeiten am heimischen Arbeitsplatz zu ermöglichen. Insgesamt sind die eventuellen positiven Auswirkungen, die ein längerfristiges Arbeiten im Homeoffice auf Berlin und das Leben der Berliner_innen haben könnte, noch wenig konkret. Vereinzelt wird jedoch schon spekuliert, ob zum Beispiel nicht weniger Büroflächen nötig wären, die sich dann in Wohnfläche umwandeln ließen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist dies noch Zukunftsmusik und nach der Coronapandemie muss sich erst noch zeigen, wie sich die Homeoffice-Nutzung weiterentwickelt.

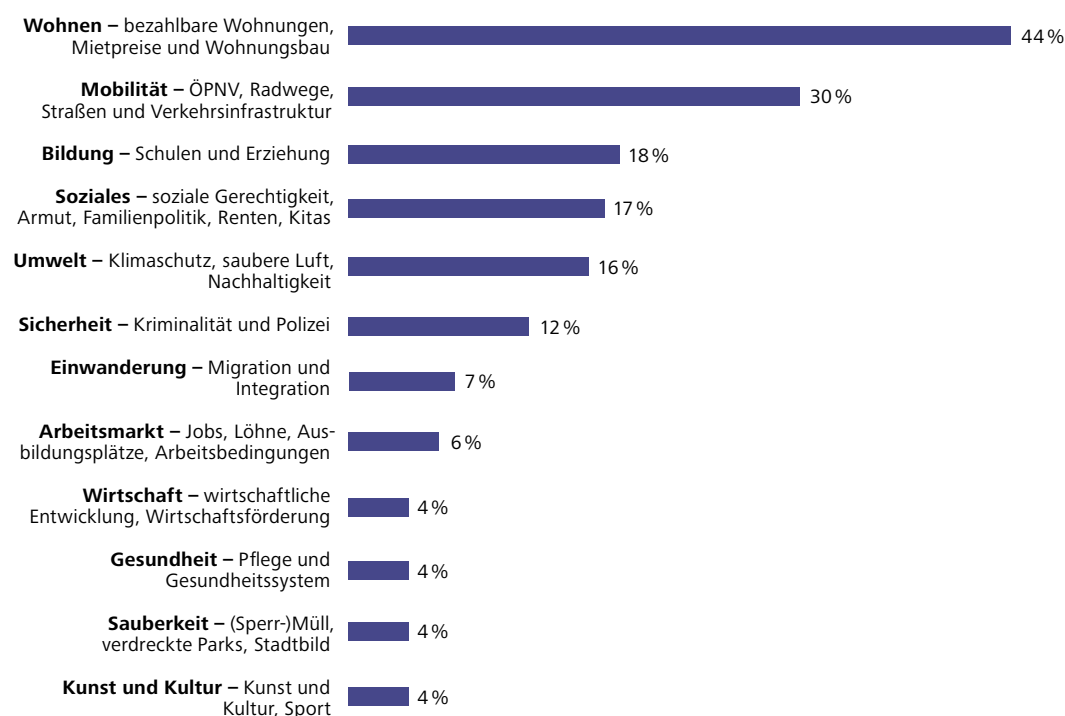
5. DIE WICHTIGSTEN ZUKUNFTSTHEMEN IN BERLIN

Auch wenn die Coronapandemie den Alltag der Berliner_innen fest im Griff hatte und insbesondere landespolitische Themen es kaum auf die politische Agenda schafften: Welche wichtigen Zukunftsthemen sehen die Berliner_innen abseits der Pandemie? Gefragt nach den Bereichen, die in den nächsten zehn Jahren am wichtigsten sind und in denen sich die Stadt stärker engagieren sollte, äußern die Berliner_innen deutliche Prioritäten.

ABBILDUNG 12:

Wichtigstes Thema in Berlins Zukunft

Wenn Sie mal an die nächsten zehn Jahre in Berlin denken, was ist für Sie der wichtigste Bereich, in dem sich die Stadt stärker engagieren sollte? Und was ist der zweitwichtigste Bereich?



■ wichtigster und zweitwichtigster Bereich

Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: <3%/sehe kein Problem/weiß nicht/keine Angabe.

Abbildung 12 zeigt, dass das Thema Wohnen mit Abstand das wichtigste Zukunftsthema ist, für das die Stadt aus Perspektive der meisten Bürger_innen bisher nicht die richtigen Weichen gestellt hat. 44 Prozent der Berliner_innen halten Wohnen für das wichtigste oder zweitwichtigste Thema, das in den nächsten zehn Jahren in Berlin prioritär angegangen

werden muss. Zwischen den verschiedenen Subgruppen gibt es hier wenige Unterschiede hinsichtlich der Relevanz des Themas. Allerdings ist das Thema Wohnen für einige Subgruppen dringlicher als für andere. So ist es unter Berliner_innen mit mittleren Haushaltsnettoeinkommen besonders dominant. Von ihnen gibt ca. die Hälfte an, dass das Wohnen für sie das wichtigste Thema der nächsten zehn Jahre ist.

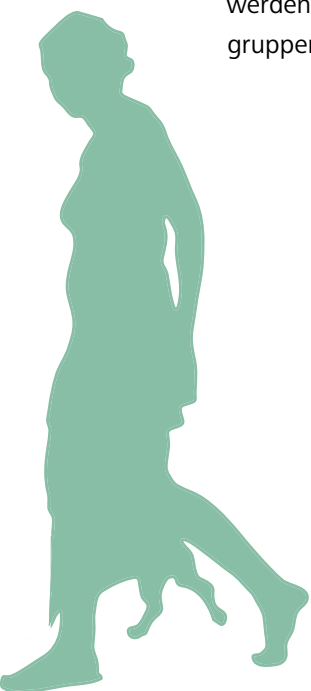
Keinen Unterschied gibt es bei der Dringlichkeit innerhalb versus außerhalb des S-Bahn-Rings. In der Tendenz sind es einzelne Bezirke, in denen Wohnen noch dringlicher ist als in anderen Bezirken. Hier sind vor allem Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg und Pankow zu nennen.

Das zweitwichtigste Thema stellt aus Sicht der Berliner_innen der Bereich Mobilität dar. 30 Prozent nennen Aufgaben aus dem Themenbereich Mobilität als wichtigstes bzw. zweitwichtigstes Zukunftsthema für die Stadt Berlin.

Zwischen den Altersgruppen gibt es kaum Unterschiede. Lediglich für Männer zwischen 40 und 59 und insbesondere Männer über 60 sind Mobilität und Verkehr überdurchschnittlich wichtig. Ebenso ist das Themenfeld unter höher gebildeten dringlicher. Hier zeigt sich außerdem eine regionale Diskrepanz: Während Mobilität und Verkehr innerhalb des S-Bahn-Rings durchaus wichtig sind (27 Prozent), sind sie außerhalb des Rings (32 Prozent) noch dringlicher. Insbesondere außerhalb des Rings im Osten Berlins ist das Themenfeld sogar noch dominanter (35 Prozent). Berücksichtigt man das jeweils meistgenutzte Verkehrsmittel, dominiert der Bereich am stärksten bei Fahrradfahrer_innen (37 Prozent).

An dritter Stelle steht mit 18 Prozent die Bildung. Besonders wichtig ist das Themenfeld vor allem Eltern (29 Prozent) sowie Jüngeren (23 Prozent) und höher Gebildeten (23 Prozent).

Kurz dahinter kommen die Themenbereiche Soziales (17 Prozent) und Umwelt (16 Prozent). Sicherheit folgt auf dem sechsten Platz mit 12 Prozent. Im Folgenden werden die einzelnen Themenbereiche separat betrachtet und detaillierter auf Subgruppen eingegangen.



5.1. WOHNEN

Mangel an bezahlbarem Wohnraum beunruhigt Berliner_innen am stärksten

Das dominante Thema in Berlin ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Berliner_innen spüren, dass ihre Stadt wächst. Grundsätzlich wird dies auch positiv gesehen. So stimmen 64 Prozent der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass es gut ist, dass Berlin eine wachsende Stadt ist (siehe Abbildung 13). Für viele Berliner_innen macht gerade das auch das Lebensgefühl in Berlin aus. Gleichzeitig beschwert sich aber ca. ein Drittel der Berliner_innen darüber, dass ihre Stadt inzwischen zu voll sei. Die Beschwerden kommen häufiger von alteingesessenen Berliner_innen.

„Ich bin seit 1987 in Berlin, bin aus dem ehemaligen Osten nach Berlin gekommen. Wenn man das mit heute vergleicht und das Berlin von früher noch kennt, dann hat es nachgelassen, die Attraktivität der Stadt. Es wird immer schlimmer.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

Verknüpft mit dem Zuzug wird die Wohnungsproblematik vor allem aus zwei Perspektiven kritisiert. Einerseits sei es ein Problem für die Stadt, dass durch ihr Wachstum die schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft wird. Der Zuwachs an Einwohner_innen übersteige bei Weitem das Wohnungsangebot und führe daher zu Konkurrenz zwischen neuen und alten Berliner_innen. Andererseits scheint der Zuzug von Neuberliner_innen die Lebensart sowie die Kultur der Stadt zu ändern. Gemeint sind hiermit die Gentrifizierung von Stadtteilen, eine Entwicklung hin zu mehr Konformität und die Verdrängung sozial schwacher Berliner_innen.

„Es sind zu viele Menschen. Es kommen immer mehr Menschen nach Berlin. Es gibt keinen Platz. Es gibt keine Möglichkeiten umzuziehen. Man muss froh sein, wenn man eine Wohnung hat. Es gibt keine preiswerten Wohnungen, kein Angebot.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

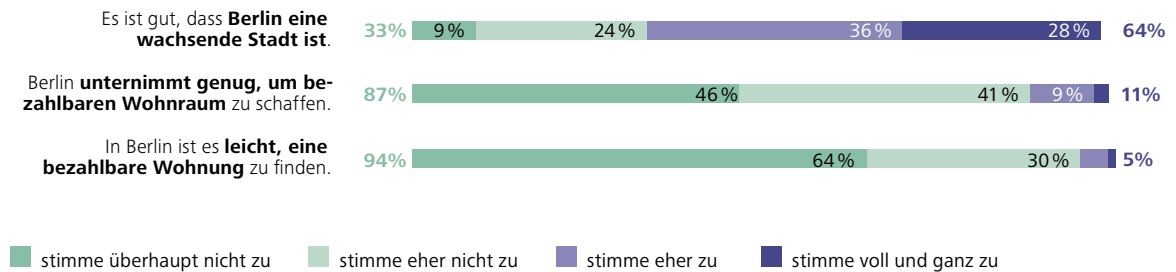
„Schlecht ist Gentrifizierung, also Wohnungsbau, wo nur Eigentumswohnungen für die Leute gebaut werden, die es sich leisten können.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

Im Bereich Wohnen beklagen Berliner_innen also vor allem, dass es zu wenige Wohnungen gebe und die Mietpreise zu hoch seien. Das zeigt sich auch in der quantitativen Befragung (siehe Abbildung 13) an der sehr starken Ablehnung der Aussagen „Berlin unternimmt genug, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“ sowie „In Berlin ist es leicht, eine bezahlbare Wohnung zu finden“. 87 bzw. 94 Prozent stimmen diesen Aussagen überhaupt nicht oder eher nicht zu.²

² Während des Erhebungszeitraums der qualitativen Stufe wurde der Berliner Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Dadurch hatte das Thema eine noch höhere Relevanz. Auch in der quantitativen Erhebung dürfte dies noch eine Rolle gespielt haben.

ABBILDUNG 13:
Wohnen

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Besonders unzufrieden sind dabei Berliner_innen mit niedriger Schulbildung. Darüber hinaus wird die Ansicht, dass es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt und es nicht leicht ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden, in allen Alters- und Gehaltsgruppen sowie innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings geteilt. Hinzu kommt, dass viele Bürger_innen die Sorge umtreibt, sich in Zukunft keine Wohnung mehr leisten zu können. Bei den laufenden Bauprojekten überwiegt der Eindruck, dass neu entstehender Wohnraum vor allem für Besserverdienende geschaffen wird und bezahlbarer Wohnraum nur unzureichend hinzukommt. Wenn bezahlbarer Wohnraum entstehe, dann in Form von Sozialwohnungen, für die aber nicht alle Berliner_innen berechtigt sind.

„Die Wohnungen, die an der East Side Gallery gebaut werden, kann sich kein Normalbürger leisten. Das sind sehr viele Wohnungen. Ich sehe keine Wohnungen, die gebaut werden, die bezahlbar sind.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Angesprochen auf die Ursachen der Wohnungsproblematik, sehen Berliner_innen unter anderem den Zuzug von außen als Problem. Vor allem in beliebte Kieze würden viele neue Berliner_innen ziehen, was Gentrifizierung begünstige. Damit würden sozial Schwächere in die Außenbezirke verdrängt. Außerdem beschwerten sich Berliner_innen darüber, dass mit Wohnraum spekuliert werde. Ziel sei es nicht mehr, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sondern sich daran zu bereichern.

„Ich bin alleinerziehend mit zwei Kindern. Ich kann nicht viel zur Seite legen. Wenn die Kinder aus dem Haus sind, werde ich kaum Geld haben. Ich mache mir Sorgen, wo ich dann wohnen kann. Dann wird es in Berlin keinen Platz mehr geben und ich muss in die Randbezirke, was eine Bedrohung ist.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Ich habe neun Monate gesucht und habe die Wohnung nur mit Glück bekommen, weil ich die Maklerin schon mal gesehen hatte. Wenn man nicht so viel Miete zahlen möchte, ist es schwierig, eine günstige Wohnung in einer guten Lage zu finden. Viele ziehen nach Magdeburg und zahlen dort ein Viertel der Miete, die wir in Berlin zahlen.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Die Menschen schnappen sich den Wohnraum und die Menschen, die in Berlin seit Jahren hart arbeiten, müssen in Randbezirke ziehen. Diejenigen, die es sich nicht mehr leisten können, ziehen raus. Der soziale Wandel würde noch schlimmer werden. Nur noch die Schönen und Reichen wohnen im Zentrum und alle anderen werden verdrängt.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Es gibt ein Unterangebot an bezahlbaren Wohnungen. Wenn man hohe Mieten bei Immobilienscout eingibt, dann findet man viele Wohnungen. Es scheint so, als würde nicht der Wohnungsmangel das Problem sein, sondern die Höhe der Mieten. Viele Menschen haben das Problem, dass sie aus den Wohnungen verdrängt werden. Das kenne ich auch aus dem persönlichen Umfeld.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

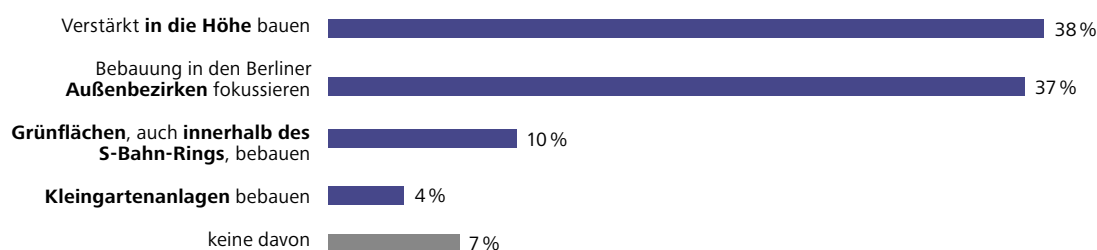
Quo vadis? Keine klare Präferenz bei Ansätzen zur Beseitigung des Wohnraummangels

Eine zentrale Frage ist, wo neuer Wohnraum geschaffen werden soll. Hier werden vor allem zwei Lösungsansätze begrüßt, wie in Abbildung 14 zu sehen ist. Gefragt nach den verschiedenen Möglichkeiten, die Wohnungsproblematik anzugehen, präferieren 38 Prozent eine verstärkte Bebauung in die Höhe, 37 Prozent wünschen sich eine stärkere Bebauung in den Berliner Außenbezirken, lediglich 10 Prozent sehen die Lösung in der Bebauung von Grünflächen auch innerhalb des S-Bahn-Rings und nur 4 Prozent präferieren eine Bebauung von Kleingartenanlagen.

ABBILDUNG 14:

Prioritäten im Bereich Wohnen und Bauen

Wenn Sie an das Thema Wohnen und Bauen in Berlin denken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, diese Probleme anzugehen. Welche davon ist Ihnen am wichtigsten?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Allerdings werden beide Lösungsmöglichkeiten durchaus auch kritisch gesehen. Eine Verdichtung sei nicht schön, denn Berlin mache aus, dass es nicht zu sehr zugebaut sei. Eine verstärkte Bebauung in die Höhe würde dieses Bild ebenfalls stören.

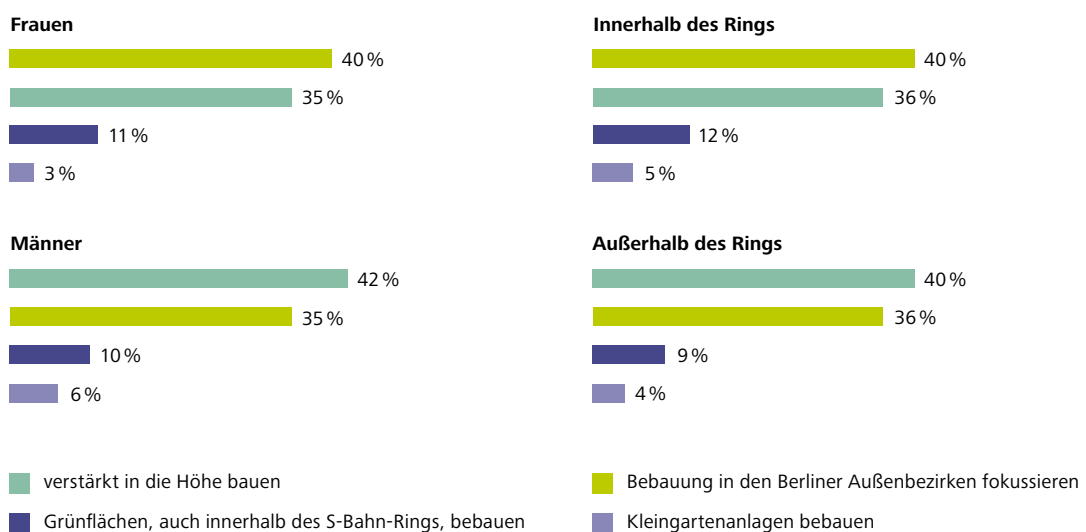
Für die Bebauung in den Außenbezirken spricht vor allem, dass Berlin in den Innenbezirken nicht weiter verdichtet würde. Gleichzeitig sehen Berliner_innen die angesprochene Gefahr der Verdrängung, wenn neuer bezahlbarer Wohnraum nur in den Außenbezirken entsteht. Zudem sei die ÖPNV-Anbindung in den Außenbezirken schlechter (siehe auch Kapitel 5.2 zur Mobilität). Hier wird bereits deutlich, dass die Themenbereiche Wohnen und Mobilität (angrenzend auch Arbeit, Kinderbetreuung sowie Klima- und Umweltschutz) eng miteinander verbunden sind.

Die Bebauung von Grünflächen wird sehr differenziert betrachtet. Den meisten Berliner_innen ist der Schutz von Grünflächen sehr wichtig. Oftmals wird das Thema anhand der Randbebauung des Tempelhofer Felds veranschaulicht. Auf der einen Seite argumentieren viele, dass es Berlin ausmache, auch weite Grünflächen innerhalb der Stadt zu haben, und sich Berliner_innen zudem in einem Volksentscheid gegen die Bebauung entschieden hätten. Auf der anderen Seite gibt es Berliner_innen, die die Bebauung von Grünflächen durchaus in Erwägung ziehen, da es schlicht an bezahlbarem Wohnraum mangle und man deswegen mehr bauen müsse.

Abbildung 15 zeigt: Zwischen Frauen und Männern sowie Berliner_innen innerhalb und denjenigen außerhalb des S-Bahn-Rings gibt es kleinere Abweichungen in der Präferenz. So wünschen sich Frauen und Berliner_innen innerhalb des S-Bahn-Rings am ehesten eine Bebauung in den Berliner Außenbezirken, während Männer und Berliner_innen außerhalb des S-Bahn-Rings am stärksten eine Bebauung in die Höhe präferieren. Die Unterschiede sind allerdings nicht gravierend. In beiden Fällen ist die jeweils andere Option die zweitmeistgenannte Präferenz. Grünflächen bzw. Kleingartenanlagen zu bebauen, wird von keiner demografischen Gruppe präferiert.

ABBILDUNG 15:
Prioritäten im Bereich Wohnen und Bauen – Subgruppen

Wenn Sie an das Thema Wohnen und Bauen in Berlin denken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, diese Probleme anzugehen. Welche davon ist Ihnen am wichtigsten?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Der Mietendeckel ist unter Berliner_innen umstritten

Ein weiteres wichtiges Thema im Bereich Wohnen stellt der Mietendeckel dar. Am 20. April 2021, während des Durchführungszeitraums der qualitativen Stufe, kippte das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel. Die Diskussion über den Mietendeckel ist damit aber noch lange nicht beendet.

Vor allem Berliner_innen, die innerhalb des S-Bahn-Rings wohnen, waren häufig direkt vom Mietendeckel betroffen. Sie befürworteten den Mietendeckel, weil er ein gutes Konzept für „normale Berliner_innen“ darstelle. Andere, vermehrt außerhalb des S-Bahn-Rings, sehen darin keine langfristige Lösung und wünschen sich eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Insgesamt wünscht sich die Mehrheit der Berliner_innen ein energischeres staatliches Eingreifen durch mehr Neubau von bezahlbarem Wohnraum, die Förderung von Sozialwohnungen sowie die Bebauung und Aufwertung des Berliner Stadtrands und Umlands. Wie genau die Berliner Politik bezahlbaren Wohnraum schaffen sollte, ist meist unklar. Initiativen wie „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ sind in den Fokusgruppen äußerst umstritten.

„Der Mietendeckel hat meinen Bruder betroffen. Er hat von seinem Vermieter einen Brief bekommen, dass er das Geld sofort einfordern wird, wenn der Mietendeckel gestürzt wird. Das darf nicht sein. Mieter haben Angst, dass im Haus nichts mehr gemacht wird und dass der Mietendeckel wieder gestürzt wird. Man denkt immer nur so weit, wie man an der Macht ist. Man muss mehr soziales Wohnen fördern.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Die Summe, die ich durch den Mietendeckel spare, ist sehr gering. Auf Dauer wird es nicht so leicht sein. Es wird immer teurer. Der Staat muss mehr eingreifen. Wichtige Prinzipien wie Krankenversicherung sind auch gesetzlich geregelt. Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf. Irgendwann muss dem Kapitalismus eine Grenze gesetzt werden.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)



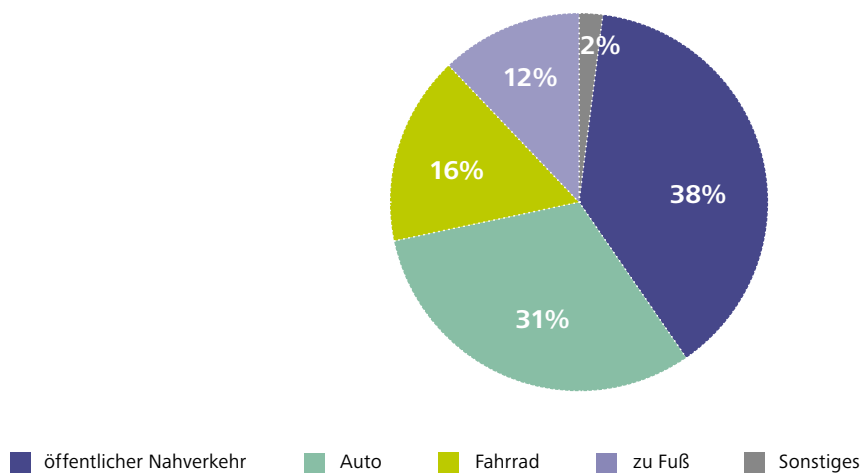
5.2. MOBILITÄT

Wie bewegt sich Berlin? Mobilitätsverhalten der Berliner_innen

Wie steht es um die Wünsche der Berliner_innen im Bereich Mobilität? Um die Prioritäten besser einordnen zu können, hilft es, zunächst einen Blick auf die Verteilung der Verkehrsmittelnutzung zu werfen (siehe Abbildung 16). In Berlin nutzen die meisten Bürger_innen den öffentlichen Nahverkehr, 38 Prozent geben an, diesen als Hauptverkehrsmittel für Alltagswege zu nutzen. 31 Prozent nennen das Auto als Hauptverkehrsmittel, gefolgt von 16 Prozent, die hauptsächlich das Fahrrad zur Fortbewegung in der Stadt nutzen, und 12 Prozent, die die meisten Wege zu Fuß gehen. Allerdings ist es möglich, dass die Coronapandemie auch auf die Nutzung der Verkehrsmittel Auswirkungen hat. So ist denkbar, dass mehr Berliner_innen seit Beginn der Pandemie auf den ÖPNV verzichten und auf das Fahrrad umsteigen oder häufiger zu Fuß gehen – entweder weil sie weniger Wege machen müssen, da sie vermehrt im Homeoffice arbeiten und sie ihre Wege im Kiez auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen können, oder weil sie aus Sorge um Ansteckungen lieber auf den ÖPNV verzichten.

ABBILDUNG 16:
Hauptverkehrsmittel

Mit welchem Verkehrsmittel legen Sie überwiegend Ihre Alltagswege zurück?



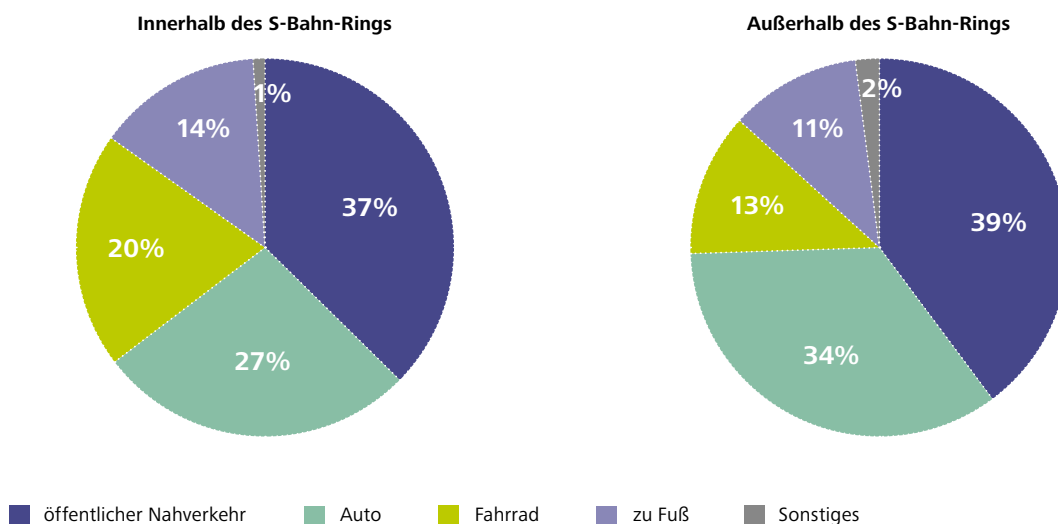
Basis: alle Wahlberechtigten. Abweichungen rundungsbedingt.

Ungeachtet dessen zeigen sich Unterschiede zwischen Berliner_innen innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings (Abbildung 17): Außerhalb des S-Bahn-Rings ist der Anteil der Autofahrer_innen erwartungsgemäß höher. 34 Prozent geben hier an, das Auto als primäres Verkehrsmittel zu nutzen. Lediglich 13 Prozent fahren hauptsächlich Rad und 11 Prozent gehen meist zu Fuß. Der Anteil der Fahrradfahrer_innen ist innerhalb des S-Bahn-Rings höher. Hier ist es jede_r Fünfte, der/die die meisten Wege mit dem Fahrrad zurücklegt und mit 14 Prozent werden auch mehr Strecken zu Fuß zurückgelegt, während nur knapp jede_r Vierte das Auto als Hauptverkehrsmittel angibt. Die ÖPNV-Nutzung ist dagegen innerhalb und außerhalb des Rings ähnlich hoch. Dementsprechend ergeben sich mit Blick auf das Thema Mobilität unterschiedliche Anforderungen je nach Wohnort der Berliner_innen.

ABBILDUNG 17:

Hauptverkehrsmittel – innerhalb vs. außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings

Mit welchem Verkehrsmittel legen Sie überwiegend Ihre Alltagswege zurück?



Basis: alle Wahlberechtigten. Abweichungen rundungsbedingt.

Die Zufriedenheit mit dem ÖPNV ist groß

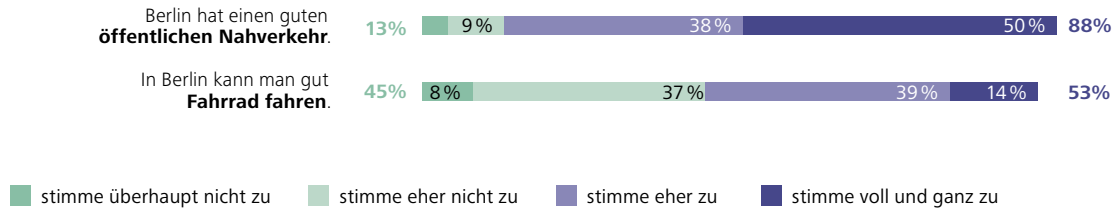
Insgesamt wird der öffentliche Nahverkehr sehr positiv bewertet (siehe Abbildung 18). 88 Prozent der Berliner_innen stimmen der Aussage zu, dass Berlin einen guten öffentlichen Nahverkehr hat. Lediglich 9 Prozent lehnen die Aussage eher ab und nur 4 Prozent stimmen überhaupt nicht zu. Mit der Fahrradinfrastruktur hingegen sind die Bürger_innen weniger zufrieden. Etwas mehr als die Hälfte der Berliner_innen gibt an, in Berlin könne man gut Fahrrad fahren. 45 Prozent sind hingegen nicht dieser Meinung. Es zeigt sich, dass bei der Fahrradinfrastruktur noch deutliches Verbesserungspotenzial vorhanden ist.

Interessanterweise zeigen sich nur wenige Unterschiede bei der Bewertung der Fahrradinfrastruktur zwischen Berliner_innen innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings (Abbildung 19). Die Bewertung erfolgt trotzdem aus verschiedenen Motiven. Während die Berliner_innen innerhalb des S-Bahn-Rings beispielsweise die Sicherheit von Radwegen und die fehlende Abgrenzung zum Autoverkehr beklagen, sehen Berliner_innen außerhalb des

S-Bahn-Rings hohe Bordsteinkanten und Kopfsteinpflaster als Hauptkritikpunkte. Gleichzeitig sind es Fahrradfahrer_innen, die grundsätzlich zufriedener mit der Fahrradinfrastruktur sind, während Autofahrer_innen und insbesondere Fußgänger_innen unzufriedener sind.

ABBILDUNG 18:
Bewertung ÖPNV & Fahrradinfrastruktur

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

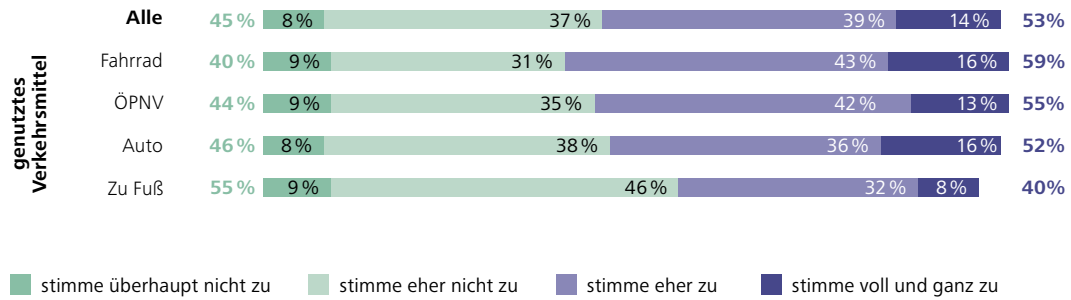


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

ABBILDUNG 19:
Bewertung Fahrradinfrastruktur nach Hauptverkehrsmittel

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

In Berlin kann man gut Fahrrad fahren.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Das Dilemma der Mobilitätstransformation

Wie die Fokusgruppen zeigen, wird jegliche Transformation im Bereich Mobilität auch als bewusste politische Entscheidung gegen eine bestimmte Mobilitätsform gesehen. So wird beispielsweise der Ausbau der A100 nicht nur von Radfahrer_innen, sondern auch von ÖPNV-Nutzer_innen kritisiert. Fahrradfahrer_innen wünschen sich außerdem mehr Investitionen in eine fahrradfreundlichere Innenstadt. ÖPNV-Nutzer_innen präferieren eine stärkere Fokussierung auf den ÖPNV. Vereinzelt nennen Fahrradfahrer_innen sowie ÖPNV-Nutzer_innen gar den Wunsch nach einer autofreien Innenstadt. Gerade Bestrebungen, Autos aus der Innenstadt zu verbannen, stoßen bei Autofahrer_innen auf Widerstand, da ihre Mobilität eingeschränkt würde. Die Mehrheit der Berliner_innen teilt den Wunsch nach einer autofreien Innenstadt nicht.

„Wir sollten den Straßenverkehr nicht verkleinern. Aus drei Spuren werden zwei Spuren. An Stellen, wo ich mich frage, warum dort überhaupt ein Radweg ist, der nicht genutzt wird. Es suggeriert mir, dass man mich als Autofahrer nicht mehr in der Innenstadt haben will.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Man sollte auch andere Mobilitätswege finden. Dazu gehört auch das Fahrrad. Es muss Radwege geben. Davon gibt es viele, die sind teilweise in einem schlimmen Zustand. Wir sollten aber anderen Verkehrsteilnehmern nicht die Verkehrswege entziehen. Das führt zu Unmut.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Das Dilemma lässt sich wie folgt zusammenfassen: Auf den Berliner Straßen konkurrieren die unterschiedlichen Verkehrsmittel so sehr miteinander, dass, wann immer eine Entscheidung zugunsten eines Verkehrsmittels fällt, sich die Nutzer_innen der anderen benachteiligt und übergangen fühlen, wie ein_e Berliner_in passend formulierte:

„Ich fahre alles. Ich meckere als Radfahrer über die Autofahrer und als Autofahrer über die Radfahrer.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

Die Mobilitätsfrage ist – nicht zuletzt wegen des weiteren Wachstums der Stadt – eine der zentralen Herausforderungen für die Berliner Politik der kommenden Jahre bzw. Jahrzehnte und dürfte mit der Wohnungsproblematik wohl die drängendste, aber auch komplizierteste Frage sein, auf die es keine klaren Win-win-Antworten gibt. Um eine Überlastung der Verkehrsinfrastruktur zu verhindern, ist es wichtig, die Infrastruktur gemäß dem Wachstum der Stadt aus- bzw. umzubauen.

5.3. BILDUNG & SOZIALES

Corona legt bei Bildung und Sozialem Schwächen schonungslos offen

Als dritt wichtigstes Thema nennen die Berliner_innen Bildung, als viert wichtigstes Soziales. Gerade aufgrund der Coronapandemie litten viele Eltern unter der Doppelbelastung, im Homeoffice zu arbeiten und gleichzeitig das Homeschooling der Kinder zu organisieren.

„Die Schulen sind eine Katastrophe während Corona. Wenn man einen Lehrer hat, der gerade vor der Rente steht, dann ist man aufgeschmissen in der Pandemie. Wir haben jede Woche Arbeitsblätter bekommen und ich musste bis zu sechs Stunden mit den Kindern am Tag daran sitzen.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Neben der schlechten Organisation während der Coronapandemie werden bei Bildung und Sozialem auch räumliche Unterschiede offengelegt. So beschwerten sich Eltern in den Fokusgruppen, dass es sehr große Unterschiede zwischen Schulformen einerseits und zwischen den Bezirken andererseits gebe.

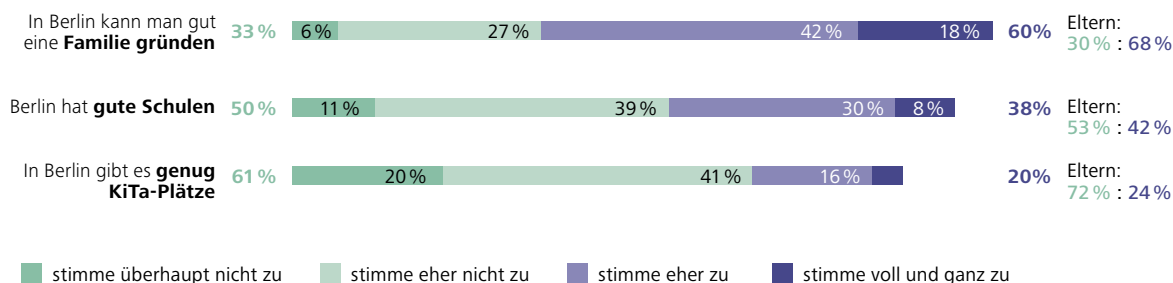
„Wenn man auf der öffentlichen Schule in Mitte ist, ist der Unterschied zu einem Gymnasium in Zehlendorf sehr groß. Die sind ausgestattet, die sind fit. Die haben einen Stundenplan. Das Kind muss um 8 Uhr vor dem Laptop sitzen und sieht die Lehrer. Ich sehe das bei Freunden. Wir wohnen in Moabit. Wir haben die Lehrer drei Monate nicht gesehen.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

Das zeigt auch, dass die mangelnde Digitalisierung an Schulen nicht gleich verteilt ist. An einigen Schulen scheint das Homeschooling besser geklappt zu haben als an anderen Schulen. Insgesamt ist die Bewertung aber mehrheitlich negativ. Die Berliner Schulen werden von einer knappen Mehrheit von 50 Prozent eher schlecht bewertet – unter Eltern sogar von 53 Prozent. Noch mehr gilt das für die Aussage „In Berlin gibt es genug Kita-Plätze“. Hier stimmen 61 Prozent eher oder überhaupt nicht zu. Auch hier fällt das Ergebnis noch einmal schlechter aus, wenn man nur Haushalte mit Kindern betrachtet (siehe Abbildung 20).



ABBILDUNG 20:
Bildung & Soziales

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Die Verfügbarkeit von Kita-Plätzen in Berlin wird also ebenfalls kritisch gesehen. Die Qualität der Kitas scheinen die Berliner_innen hingegen generell zu schätzen. Zudem werden niedrige Kita-Beiträge³ als positives Signal für die Unterstützung von Familien mit Kindern in Berlin gelobt.

„Man merkt, dass sie was für die Kinder machen. Die Kinder haben ein kostenloses Mittagessen in der Schule. Der Kita-Beitrag ist niedrig, das sind 23 Euro in Berlin. Familien werden entlastet und unterstützt.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Ich bin alleinerziehend und meine Kinder können kostenlos BVG fahren. Die kriegen kostenlos Mittagessen. Das hilft mir sehr. Das ist super.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Grundsätzlich wird Berlin Familienfreundlichkeit attestiert. Das zeigt sich auch daran, dass eine Mehrheit von 60 Prozent der Aussage zustimmt, dass man in Berlin gut eine Familie gründen könne. Unter den Eltern stimmen sogar gut zwei Drittel der Aussage zu.

³ Die Fokusgruppen-Teilnehmer_innen sprechen von Kita-Beiträgen, obwohl diese seit dem 1. August 2018 entfallen und somit Kita sowie Kindertagespflege kostenfrei sind. Die Teilnehmer_innen meinen hiermit die Verpflegungsanteile in Höhe von 23 Euro monatlich (<https://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/kindertagesbetreuung/kostenbeteiligung/>).

5.4. MIGRATION & INTEGRATION

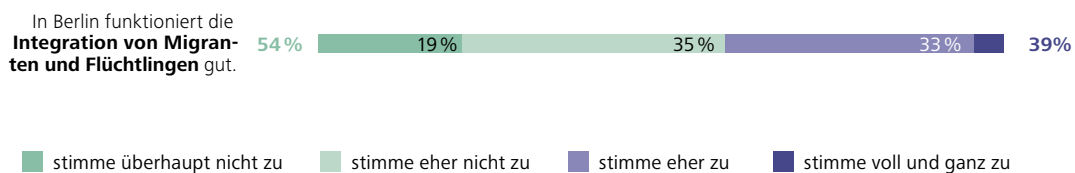
Der Zuzug ist zwar groß, Migration aber nicht weit oben auf der Themenagenda der Berliner_innen – Integration hingegen schon

Die Themen Migration und Integration spielen zurzeit eine untergeordnete Rolle auf der politischen Agenda – nur 7 Prozent der Berliner_innen sehen das Thema Migration aktuell als eines der zwei wichtigsten Themen für Berlin. In den Fokusgruppen kam das Thema Migration ungestützt nicht zur Sprache.

Dabei ist gerade aufgrund des Wachstums der Stadt Zuwanderung ein zentraler Aspekt. So hat Berlin seit 2015 ca. 100.000 Geflüchtete aufgenommen – wenngleich die Neuaufnahme von Geflüchteten in den letzten Jahren stark rückläufig war.⁴ Abbildung 21 zeigt: Nur 39 Prozent der Berliner_innen stimmen der Aussage „In Berlin funktioniert die Integration von Migranten und Flüchtlingen gut“ zu – 54 Prozent lehnen die Aussage eher ab.

ABBILDUNG 21:
Migration

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

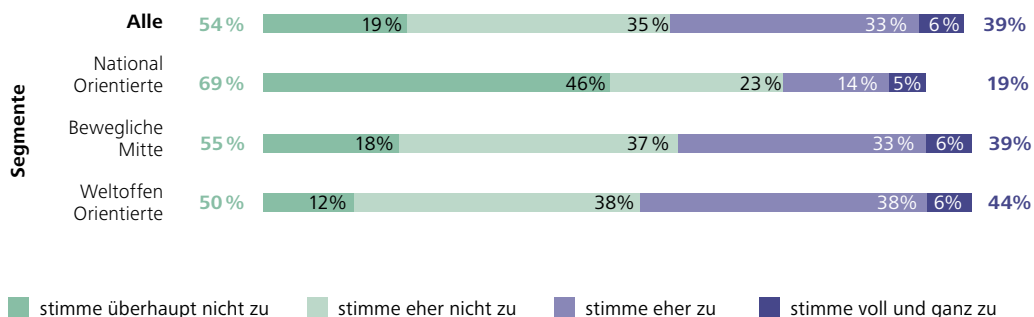
Schaut man hier in die verschiedenen Segmentgruppen (Abbildung 22), zeigt sich ein deutlicheres Bild. Vor allem die national Orientierten sind mit der Integration unzufrieden. 69 Prozent von ihnen sehen die Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen als misslungen an. Auf der anderen Seite sind die weltoffenen Orientierten deutlich positiver gestimmt, wenngleich auch hier noch eine knappe Mehrheit von 50 Prozent kein gutes Zeugnis ausstellt und nur 44 Prozent der Aussage eher oder voll und ganz zustimmen. Die bewegliche Mitte tendiert eher in die Richtung der weltoffenen Orientierten, ist in der Summe aber noch etwas kritischer eingestellt. Die Beweggründe für die Bewertung unterscheiden sich außerdem. Während die national Orientierten der Integration von Migrant_innen und Flüchtlingen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen und deshalb die Bewertung schlecht ausfällt, ist bei den weltoffenen Orientierten und der beweglichen Mitte vor allem die Unzufriedenheit mit der Organisation der Integration Ursache für die schlechte Bewertung. Migration und Integration sind also weiterhin wichtige Zukunftsthemen für Berlin, im Vergleich zu anderen Themen zurzeit aber nicht mehr sehr präsent.

⁴ <https://www.berlin.de/laf/ankommen/aktuelle-ankunftszahlen/artikel.625503.php>.

ABBILDUNG 22:
Migration nach Segmentgruppen

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

In Berlin funktioniert die Integration von Migranten und Flüchtlingen gut.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

5.5. UMWELT- & KLIMASCHUTZ

Umwelt- und Klimaschutz werden in Verbindung mit Wohnen und Mobilität gedacht

Das Thema Umwelt- und Klimaschutz wird in bundesweiten Umfragen meist als die wichtigste Herausforderung der nächsten 10 bis 20 Jahre bezeichnet. Für die Stadt Berlin nennen die Bürger_innen das Thema an fünfter Stelle. Hier wird bereits deutlich, dass das Thema auf Landesebene ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, es aber primär als bundespolitische Aufgabe wahrgenommen bzw. auf der Bundesebene verortet wird.

ABBILDUNG 23:
Umwelt- & Klimaschutz

Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Sichtweise Sie eher zustimmen.

71 %

Der Klima- und Umweltschutz sollte in jedem Fall weiter vorangetrieben werden, auch wenn dies konkrete Einschränkungen für meinen Lebensstil bedeutet.

26 %

Der Klima- und Umweltschutz sollte nur dann weiter vorangetrieben werden, wenn dies keine Einschränkungen für meinen Lebensstil bedeutet.

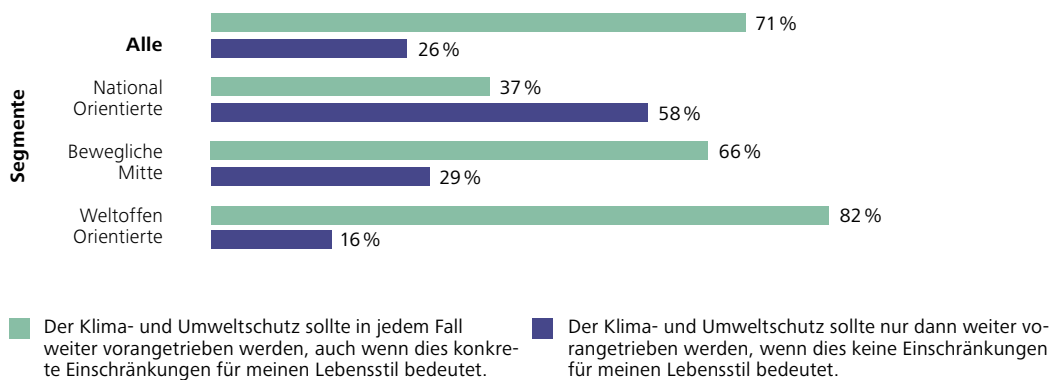
Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Danach gefragt, welcher Sichtweise sie eher zustimmen (siehe Abbildung 23), entscheiden sich 71 Prozent der Berliner_innen für „Der Klima- und Umweltschutz sollte in jedem Fall weiter vorangetrieben werden, auch wenn dies konkrete Einschränkungen für meinen Lebensstil bedeutet“. 26 Prozent entscheiden sich für „Der Klimaschutz sollte nur dann weiter

vorangetrieben werden, wenn dies keine Einschränkungen für meinen Lebensstil bedeutet“. Unter jüngeren und höher gebildeten Bürger_innen wird der ersten Aussage noch deutlicher zugestimmt. Und schaut man in die Segmentgruppen in Abbildung 24, wird eine deutliche Spaltung zwischen den national Orientierten sowie den weltoffenen Orientierten deutlich. Die national Orientierten stimmen mit 58 Prozent mehrheitlich der Aussage zu, dass der Klima- und Umweltschutz nur dann vorangetrieben werden sollte, wenn dies keine Einschränkung für ihren Lebensstil bedeute, während unter den weltoffenen Orientierten 82 Prozent der gegenteiligen Aussage zustimmen.

ABBILDUNG 24:
Umwelt- & Klimaschutz nach Subgruppen

Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Sichtweise Sie eher zustimmen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Außerdem zeigt sich, wie stark die unterschiedlichen Themen miteinander verbunden sind. Der Wohnort und auch die Verkehrsanbindung haben unmittelbar Auswirkungen auf den Klima- und Umweltschutz. Gibt es für Bewohner_innen außerhalb des S-Bahn-Rings keine Möglichkeit, mit dem ÖPNV oder dem Fahrrad gut zur Arbeit zu kommen, bleibt nur der eigene Pkw als Verkehrsmittel übrig. Eine Einschränkung der Autonutzung wird dann kritisch gesehen, wenn Berliner_innen, die weitere Wege haben, dafür bestraft werden, auf das Auto angewiesen zu sein. Natürlich wird auch hier der Autoverzicht grundsätzlich als etwas Positives gesehen, es ist nur schlicht aktuell nicht für alle Berliner_innen realistisch, auf das Auto zu verzichten.

„Ich habe es nicht weit zur Arbeit: 6 km mit dem Auto. Die Straßenbahn fährt aber einen Bogen, sodass es 20 Minuten länger dauert als mit dem Auto. Wenn es eine direkte Verbindung gäbe, würde ich damit fahren.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Ich nehme das Auto. Es ist mir zu blöd, fünfmal umzusteigen und eineinhalb Stunden unterwegs zu sein.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Für die Umwelt ist die Citymaut gut, wenn dann Autofahrer mehr zahlen, um in die Innenstadt zu kommen. Ich bin aber auch kein Autofahrer. Wenn dann aber Menschen nach außerhalb ziehen müssen und ein Auto brauchen, um zur Arbeit zu kommen, dann wird diese Citymaut natürlich ungerecht.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

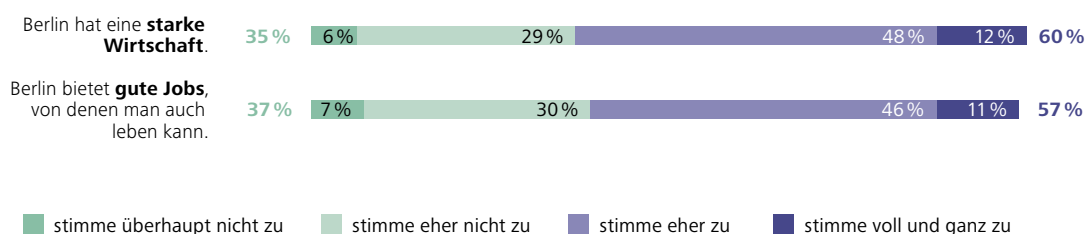
5.6. WIRTSCHAFT & ARBEIT

Trotz Coronakrise: Berliner_innen blicken zuversichtlich auf Wirtschaft und Arbeit

Trotz Coronapandemie und der Sorgen um die Wirtschaft (siehe Kapitel 4) wird Berlin mehrheitlich eine starke Wirtschaft attestiert (siehe Abbildung 25). Dem stimmt eine Mehrheit von 60 Prozent zu. Weiterhin geben 57 Prozent an, dass Berlin gute Jobs biete, von denen man auch leben könne. Insgesamt befindet sich die Stadt Berlin also in einer guten Ausgangslage, trotz Coronapandemie.

ABBILDUNG 25:
Wirtschaft

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



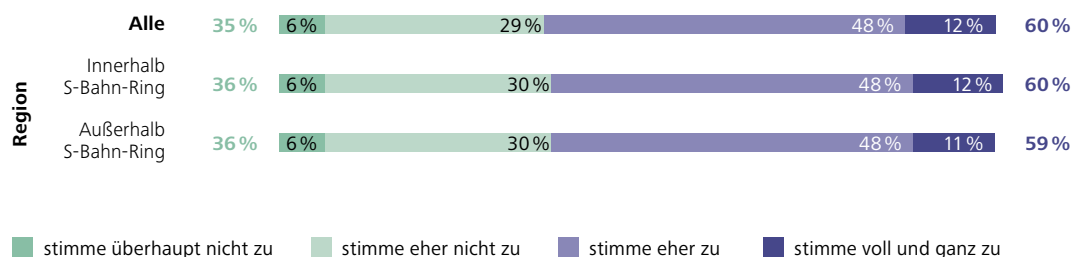
Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Zwischen den Berliner Bezirken innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings gibt es keine Unterschiede in der Bewertung, wie in Abbildung 26 zu sehen ist. Einmal mehr zeigt sich, dass die relevante Trennlinie nicht entlang des S-Bahn-Rings verläuft.

ABBILDUNG 26:
Wirtschaft nach regionalen Subgruppen

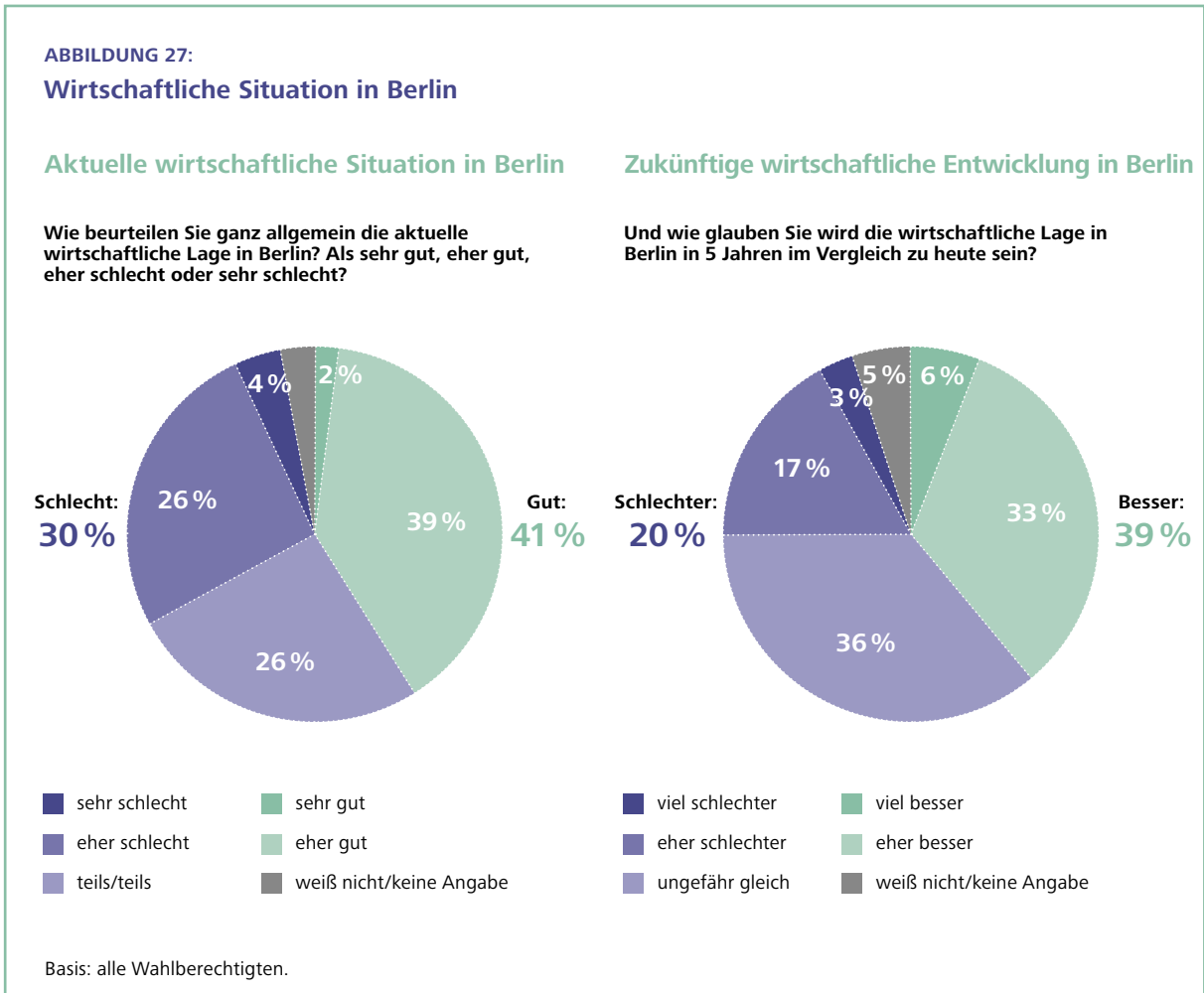
Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Berlin hat eine starke Wirtschaft.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Auch die aktuelle wirtschaftliche Situation in Berlin bewertet die relative Mehrheit als gut und geht davon aus, dass sie in fünf Jahren besser sein wird (siehe Abbildung 27).

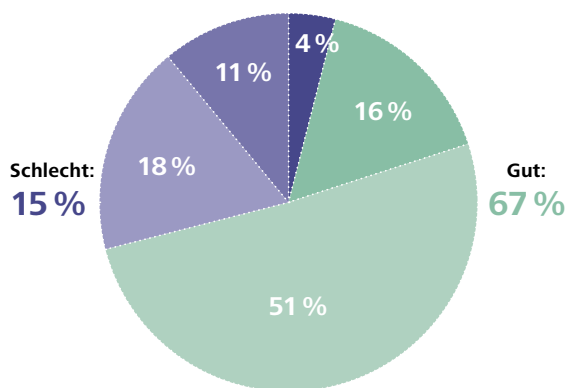


Die eigene wirtschaftliche Lage wird sogar noch positiver bewertet (Abbildung 28). Etwa zwei Drittel der Berliner_innen beurteilen sie als eher bis sehr gut, nur 15 Prozent als eher bis sehr schlecht. Auf die eigene zukünftige wirtschaftliche Lage schaut man neutral. 60 Prozent gehen davon aus, dass sie in fünf Jahren ungefähr so sein wird wie heute. Tendenziell sind aber auch hier etwas mehr Berliner_innen optimistisch als pessimistisch eingestellt. 22 Prozent erwarten eher eine positive Entwicklung und nur 13 Prozent eine negative.

ABBILDUNG 28:
Eigene wirtschaftliche Situation

Aktuelle eigene wirtschaftliche Situation

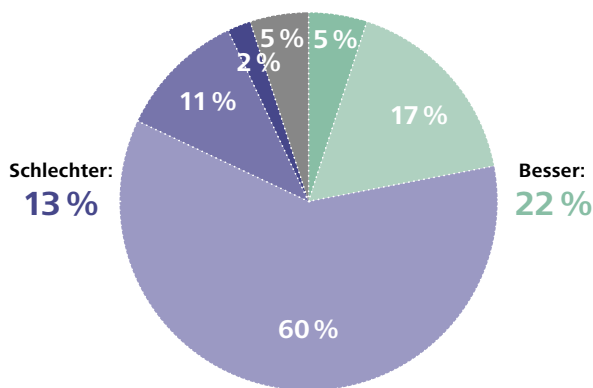
Wie beurteilen Sie Ihre eigene aktuelle wirtschaftliche Lage? Als sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?



- sehr schlecht
- eher schlecht
- teils/teils
- sehr gut
- eher gut
- weiß nicht/keine Angabe

Zukünftige eigene wirtschaftliche Situation

Und wie glauben Sie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in 5 Jahren im Vergleich zu heute sein?



- viel schlechter
- eher schlechter
- ungefähr gleich
- viel besser
- eher besser
- weiß nicht/keine Angabe

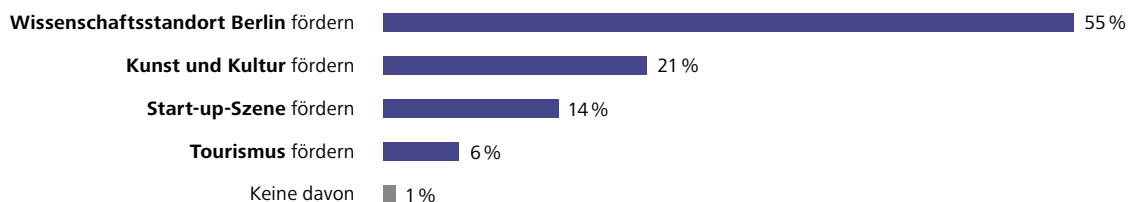
Basis: alle Wahlberechtigten.

**Wissensstadt Berlin:
Die Förderung des Wissenschaftsstandorts hat Priorität**

Angesprochen auf verschiedene Maßnahmen, die im Bereich Wirtschaftsförderung angegangen werden sollten, spricht sich laut Abbildung 29 eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent für die Förderung des Wissenschaftsstandorts Berlin aus. 21 Prozent wünschen sich eine stärkere Förderung der Kunst und Kultur, gefolgt von 14 Prozent, die die Förderung der Start-up-Szene präferieren. Lediglich 6 Prozent halten die Förderung des Tourismus für am wichtigsten.

ABBILDUNG 29:
Wirtschaftsförderung

Wenn Sie an das Thema Wirtschaft in Berlin denken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, einzelne Bereiche zu fördern. Welche davon ist Ihnen am wichtigsten?

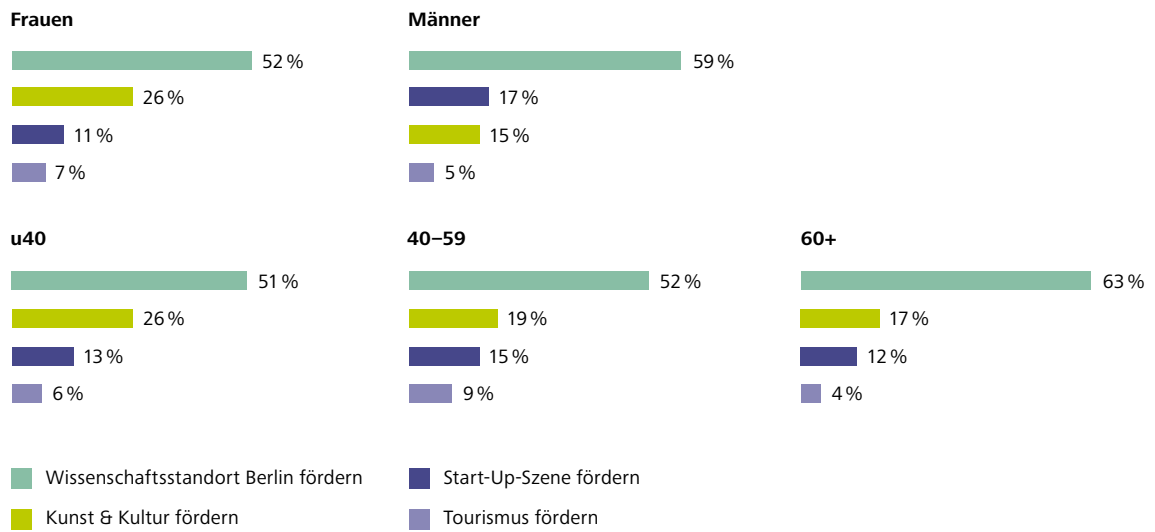


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

In Abbildung 30 ist die Präferenz der Wirtschaftsförderung nach Subgruppen abgetragen. Während Frauen mit 26 Prozent die Förderung von Kunst und Kultur als zweitwichtigste Priorität sehen, ist es bei Männern mit 17 Prozent die Förderung der Start-up-Szene. Zwischen den Altersgruppen gibt es keine Unterschiede in der Priorisierung, allerdings ist Berliner_innen über 60 die Förderung des Wissenschaftsstandorts mit 63 Prozent deutlich am wichtigsten.

ABBILDUNG 30:
Wirtschaftsförderung nach Subgruppen

Wenn Sie an das Thema Wirtschaft in Berlin denken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, einzelne Bereiche zu fördern. Welche davon ist Ihnen am wichtigsten?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.



5.7. KUNST & KULTUR

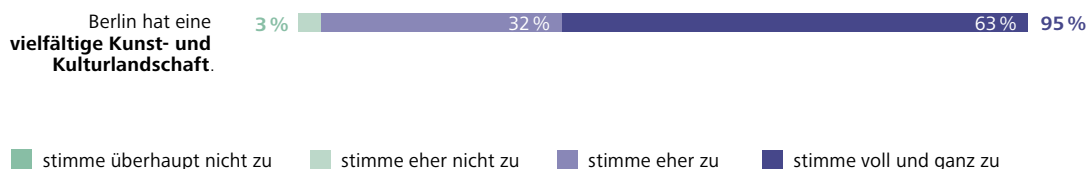
Szenestadt von Konzert und Club bis Theater: Kunst und Kultur müssen nicht im eigenen Kiez stattfinden

Dass Kunst und Kultur in der Metropole Berlin eine herausragende Rolle einnehmen und die Stadt zu dem machen, was sie ist, hat bereits das Selbstbild der Berliner_innen gezeigt (siehe Kapitel 3). Dass die Förderung von Kunst und Kultur eine hohe Priorität bei vielen Berliner_innen hat (siehe Kapitel 5.6), verwundert daher wenig. Und auch die hohe Zustimmung zur vielfältigen Kunst- und Kulturlandschaft zeigt, wie zufrieden Berliner_innen mit ihrer Kunst- und Kulturszene sind (siehe Abbildung 31).

ABBILDUNG 31:

Kunst- & Kulturlandschaft

Bitte sagen Sie mir für jede dieser Aussagen, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Hierbei gibt es kaum nennenswerte Unterschiede zwischen den soziodemografischen Gruppen. Gerade in der Coronapandemie waren viele Berliner_innen um den Erhalt der Kunst- und Kulturszene besorgt. In der qualitativen Forschungsstufe wurde darüber hinaus der Frage nachgegangen, wo Kunst und Kultur stattfinden sollte: Sollten Angebote möglichst zentral stattfinden oder in den jeweiligen Kiezen?

Die Tendenz ist, dass Kunst und Kultur nicht unbedingt im eigenen Kiez stattfinden müssen. Viele Berliner_innen sind bereit, für bestimmte Angebote längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, wenn beispielsweise die ÖPNV-Nutzung im Eintrittsticket enthalten ist.

„Mir ist wichtig, dass es kulturelle Angebote gibt. Mir ist nicht wichtig, dass es in Steglitz ist. Wir haben zwei oder drei Veranstaltungsorte. Ich fahre aber genauso gerne irgendwohin, um Kultur zu genießen.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Anderen ist es wichtig, dass auch im eigenen Kiez Kunst und Kultur gelebt werden. Hier liegt ein besonderes Augenmerk auf Kleinkünstler_innen, die es während der Coronapandemie besonders schwer hatten, und man wünscht sich, dass sie sich schnell wieder erholen, um den Kiez wieder zu dem zu machen, was ihn auszeichnet. Explizit wird daher betont, dass Freiräume für Kulturschaffende erhalten bleiben sollen.

„Es ist wichtig, dass man Kultur auch im eigenen Kiez hat. Es ist schön, wenn man so kleine Sachen sieht, zum Beispiel Graffiti, Straßenkunst.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

„Im Prenzlauer Berg gibt es an jeder Ecke Straßenkunst. Man muss nicht in die öffentlichen Räume gehen, wo es erlaubt ist, es findet mitten im Kiez selbst statt.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)

5.8. SICHERHEIT

Sicherheit spielt insgesamt eine untergeordnete Rolle

Das Thema Sicherheit ist für 12 Prozent der Berliner_innen ein Thema mit hoher Priorität. In der qualitativen Stufe wurde Sicherheit ungestützt von keinem_r Berliner_in als relevantes Thema genannt. Das Thema Sicherheit spielt somit in Berlin eine untergeordnete Rolle – was nicht bedeutet, dass es keine Probleme gibt, deren Lösung sich Berliner_innen von der Politik erhoffen.

Die einzige Subgruppe, in der das Thema eine größere Rolle spielt, sind die national Orientierten. 28 Prozent von ihnen sehen Sicherheit als drängendes Problem, um das sich die Stadt prioritär kümmern sollte. Hinsichtlich demografischer Gruppen zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede in der Wichtigkeit. Das Sicherheitsgefühl ist also für die große Mehrheit der Berliner_innen gut.

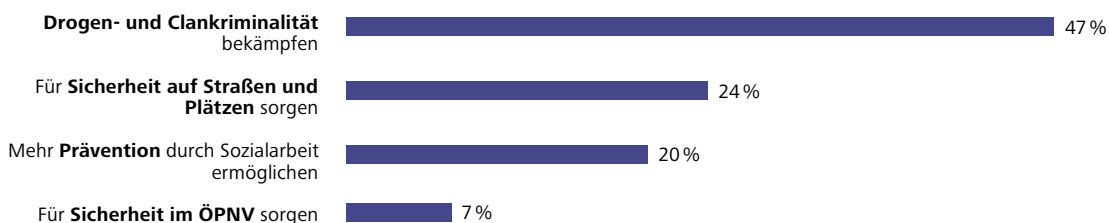
Vor die Frage gestellt, welche Maßnahmen im Bereich Sicherheit am wichtigsten sind, gibt es eine klare Präferenz für die Bekämpfung von Drogen- und Clankriminalität – 47 Prozent sehen dies als wichtigste Aufgabe, die für mehr Sicherheit in Berlin anzugehen sei (siehe Abbildung 32). „Für Sicherheit auf Straßen und Plätzen sorgen“ und „Mehr Prävention durch Sozialarbeit ermöglichen“ liegen nah beieinander. Unterschiede zeigen sich hier teilweise in den Subgruppen, die in Abbildung 33 abgetragen sind. So sind es vor allem weltoffen Orientierte, die stärker für Prävention sind, während national Orientierte es wichtiger finden, für Sicherheit auf Straßen und Plätzen zu sorgen. Die bewegliche Mitte priorisiert ebenfalls die Bekämpfung von Drogen- und Clankriminalität, gefolgt von mehr Sicherheit auf Straßen und Plätzen sowie mehr Prävention an dritter Stelle. Dabei ist Prävention der beweglichen Mitte bereits etwas wichtiger als den national Orientierten.

Einige Frauen berichten in den Fokusgruppen, dass sie nachts nicht gern allein im Berliner ÖPNV unterwegs sind, da sie sich nicht sicher fühlen. Dies beruht meist auf schlechten Erfahrungen in der Vergangenheit. Als Lösung für das Problem werden mehr Überwachung und Sicherheitspersonal in jedem Bahnhof bzw. in den Verkehrsmitteln genannt.

„Ich habe viele schlechte Erfahrungen im ÖPNV gemacht und ich möchte als Frau alleine nicht mehr in die Bahn. Es gibt Betrunkene, Drogenabhängige, rechte Personen, die aggressiv sind.“ (Fokusgruppen-Teilnehmerin, außerhalb des S-Bahn-Rings)

ABBILDUNG 32:
Sicherheit

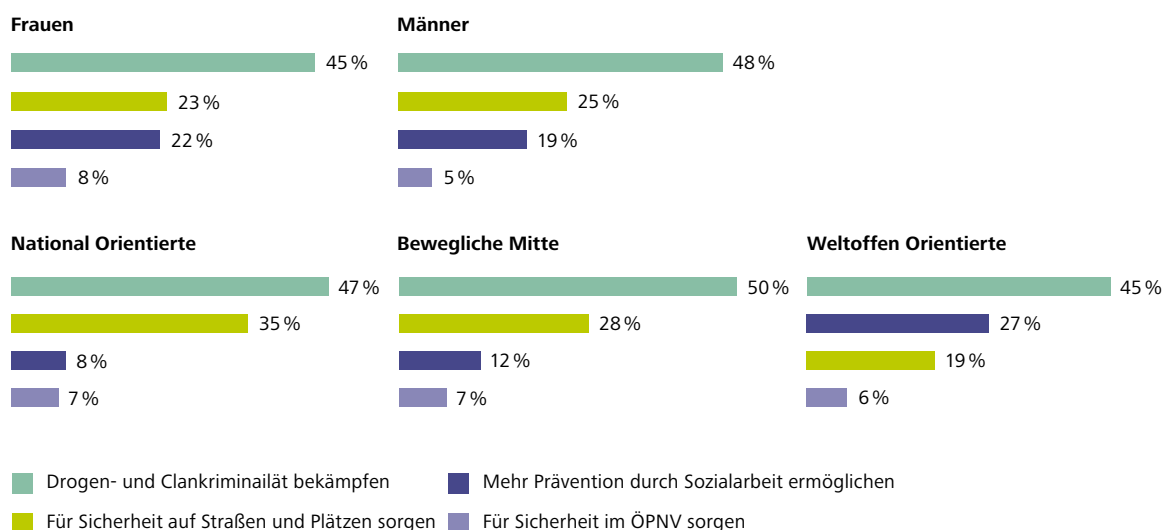
Wenn Sie an das Thema Sicherheit in Berlin denken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, Probleme anzugehen. Welche davon ist Ihnen am wichtigsten?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: keine davon / weiß nicht / keine Angabe.

ABBILDUNG 33:
Sicherheit – Subgruppen

Wenn Sie an das Thema Sicherheit in Berlin denken, gibt es verschiedene Möglichkeiten, Probleme anzugehen. Welche davon ist Ihnen am wichtigsten?



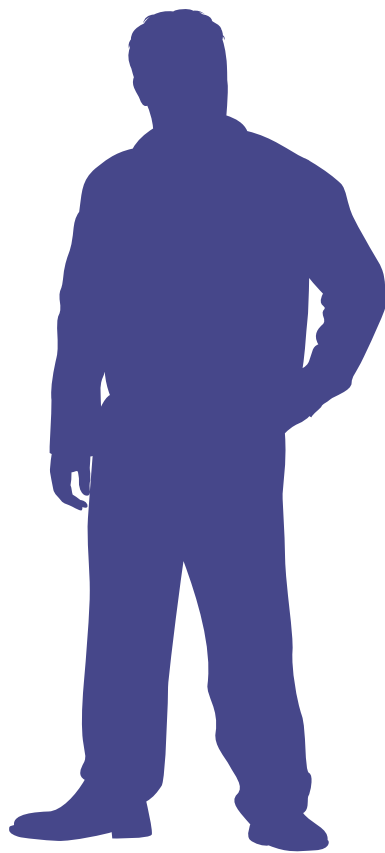
Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

„Die Bahnhöfe sind gruselig und mit Unbehagen verbunden. Ich spreche aus Sicht einer Frau. Ich fahre nicht mehr gerne U-Bahn. Ich wünsche mir mehr Überwachung und Sicherheitspersonal in jedem Bahnhof.“ (Fokusgruppen-Teilnehmerin, außerhalb des S-Bahn-Rings)

Quantitativ zeigt sich diese Dringlichkeit weniger. Die Sicherheit im ÖPNV ist in allen Gruppen nachgeordnet und lediglich für 7 Prozent die wichtigste Aufgabe im Bereich Sicherheit. Auch unter Frauen geben nur 8 Prozent an, dass die Sicherheit im ÖPNV die höchste Priorität hat. Insgesamt muss also festgehalten werden, dass Sicherheit im ÖPNV nicht das drängendste Problem für die meisten Berliner_innen ist.

„Viele Menschen haben keine Perspektiven, dass ein normales Leben auf legalem Weg geführt werden kann. Obdachlosigkeit geht auch in die kriminelle Richtung. Die meisten Obdachlosen sind Alkoholiker, die haben Drogenprobleme. Es gibt zu wenig Programme, um die Menschen rauszuholen. Ich wünsche mir mehr Perspektiven. Dass die Menschen sehen, es gibt Möglichkeiten raus.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, außerhalb des S-Bahn-Rings)

„Man sieht mehr Polizei auf der Straße, auch am Hermannplatz. Da hat man ein sicheres Gefühl, wenn man weiß, es gibt Ansprechpersonen.“ (Fokusgruppen-Teilnehmer_in, innerhalb des S-Bahn-Rings)



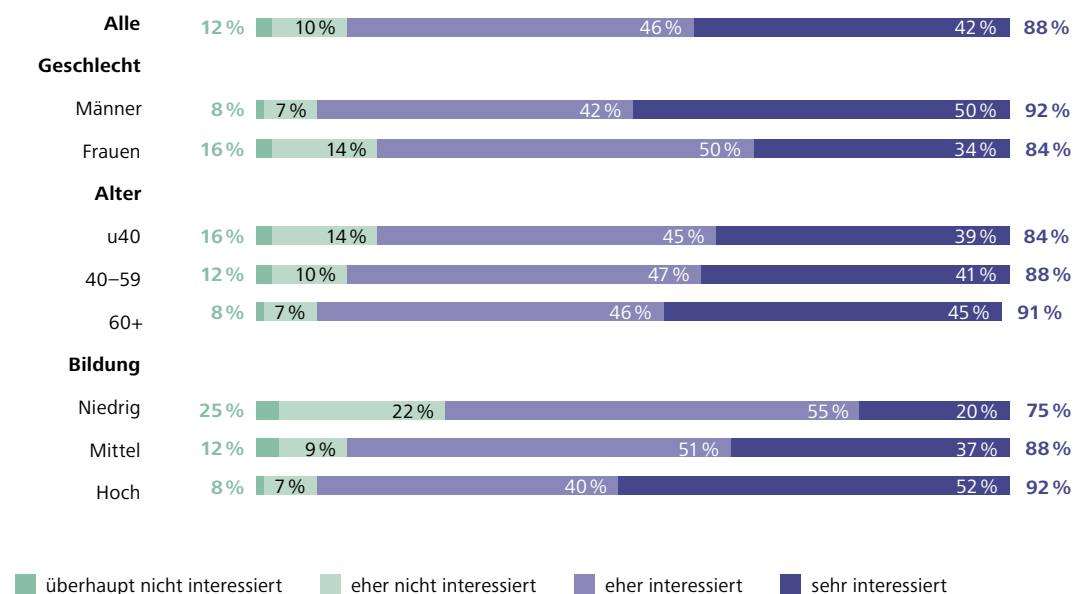
6. INFORMATIONSVERHALTEN DER BERLINER_INNEN

BERLINER_INNEN SIND SEHR AN POLITIK INTERESSIERT

Berliner_innen sind, wie in Abbildung 34 zu sehen ist, durchaus an Politik interessiert. 88 Prozent geben an, sehr oder eher an Politik interessiert zu sein, während nur 10 Prozent eher nicht und 2 Prozent überhaupt nicht interessiert sind. Dieses hohe politische Interesse der Berliner_innen ist mit Vorsicht zu bewerten. Zum einen handelt es sich um eine Selbsteinschätzung der Berliner_innen, zum anderen spielen Aspekte sozialer Erwünschtheit hier sicherlich eine große Rolle, sodass das politische Interesse tendenziell überschätzt wird. Trotzdem handelt es sich um sehr hohe Zustimmungswerte, und das spricht dafür, dass viele Bürger_innen für politische Themen gut erreichbar sind.

ABBILDUNG 34:
Politisches Interesse

Wie sehr sind Sie an Politik interessiert?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: weiß nicht / keine Angabe.

Zwischen Männern und Frauen zeigen sich Unterschiede im politischen Interesse. So geben Männer häufiger an, sich für Politik zu interessieren als Frauen. Dieser Befund ist gut dokumentiert und keine Berliner Besonderheit. Der Unterschied sollte außerdem nicht überschätzt werden, da hier auch soziale Erwünschtheit einspielt, die nicht mit dem tatsächlichen Verhalten und Interesse von Männern und Frauen übereinstimmt.

Größere Unterschiede gibt es hinsichtlich des Alters sowie des Bildungsabschlusses. Auch diese sind aus der Forschung gut bekannt. Jüngere interessieren sich etwas weniger für Politik als Ältere, und Berliner_innen mit einem niedrigen Bildungsabschluss interessieren sich deutlich weniger für Politik als Berliner_innen mit einem hohen Bildungsabschluss.

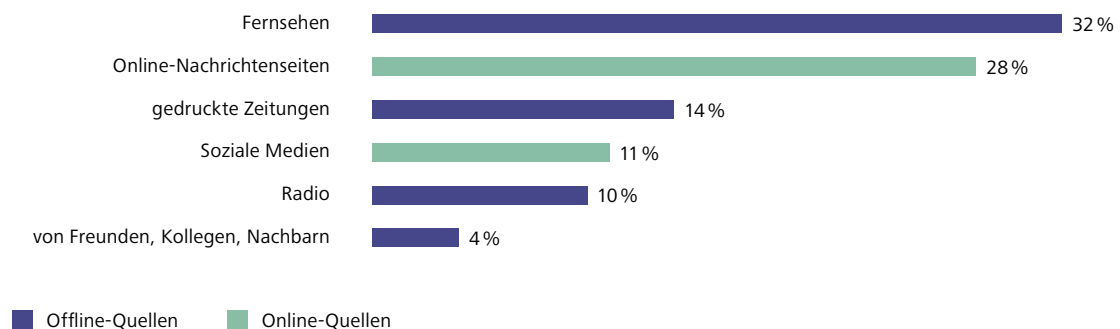
Die politische Bildungsarbeit stellt dies natürlich vor Herausforderungen. Es gilt, gerade auch Jüngere und Berliner_innen mit niedrigem Schulabschluss für Angebote zu begeistern. Die gute Nachricht: Auch in diesen Subgruppen gibt es mehrheitlich ein größeres Interesse für Politik. Diejenigen, die sich weniger interessieren, ebenfalls zu erreichen, bleibt aber eine große Herausforderung. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist dabei der Zugang zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Daher wurde die Frage nach dem Informationsverhalten der Berliner_innen gestellt.

DAS FERNSEHEN IST UND BLEIBT DIE WICHTIGSTE NACHRICHTENQUELLE FÜR BERLINER_INNEN

Das Fernsehen (32 Prozent) ist nach wie vor die wichtigste Nachrichtenquelle für Berliner_innen, gefolgt von Online-Nachrichtenseiten (28 Prozent) und gedruckten Zeitungen (14 Prozent). Etwas seltener werden soziale Medien (11 Prozent) und das Radio (10 Prozent) genannt, wie Abbildung 35 zeigt.

ABBILDUNG 35:
Hauptnachrichtenquelle

Woher bekommen Sie die meisten Informationen über politische und gesellschaftliche Themen?

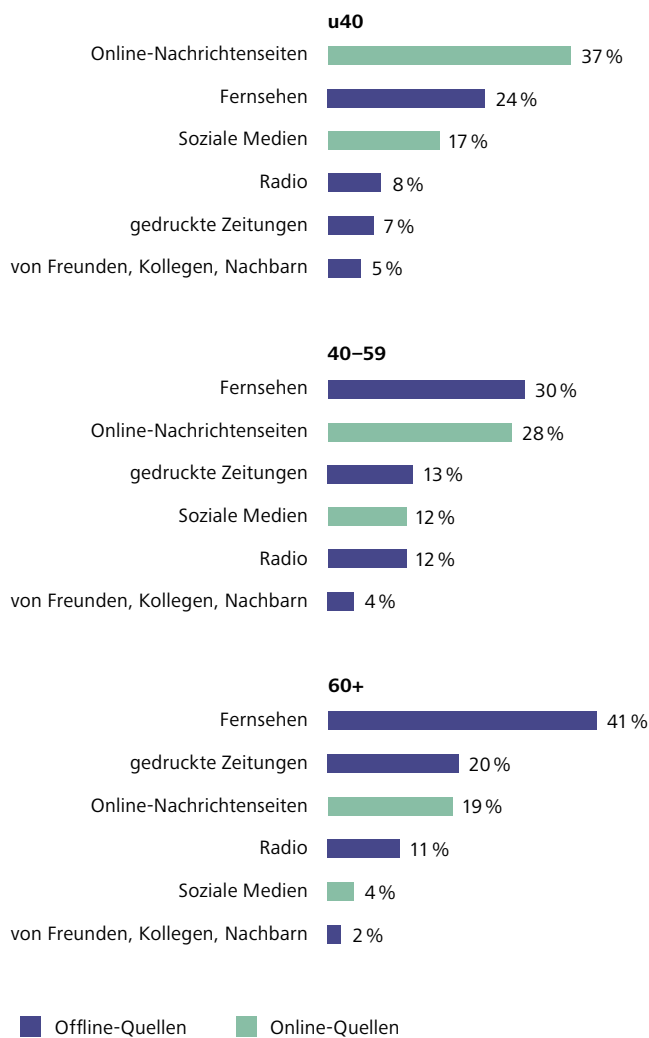


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Sonstige/weiß nicht / keine Angabe.

Allerdings zeigen sich beim Informationsverhalten deutliche Unterschiede in den demografischen Subgruppen (Abbildung 36). Unter Jüngeren (unter 40 Jahren) stellen Online-Nachrichtenseiten mit 37 Prozent die prominenteste Informationsquelle dar. Mit 24 Prozent ist aber auch in der jüngsten Bevölkerungsgruppe das Fernsehen weiterhin eine wichtige Quelle für politische Informationen. In der Gruppe der 40- bis 59-Jährigen halten sich Online-Nachrichtenseiten und das Fernsehen ungefähr die Waage. Bei Berliner_innen über 60 sind das Fernsehen, aber auch gedruckte Zeitungen wichtigere Informationsquellen als Online-Nachrichtenseiten.

ABBILDUNG 36:
Hauptnachrichtenquelle nach Alter

Woher bekommen Sie die meisten Informationen über politische und gesellschaftliche Themen?

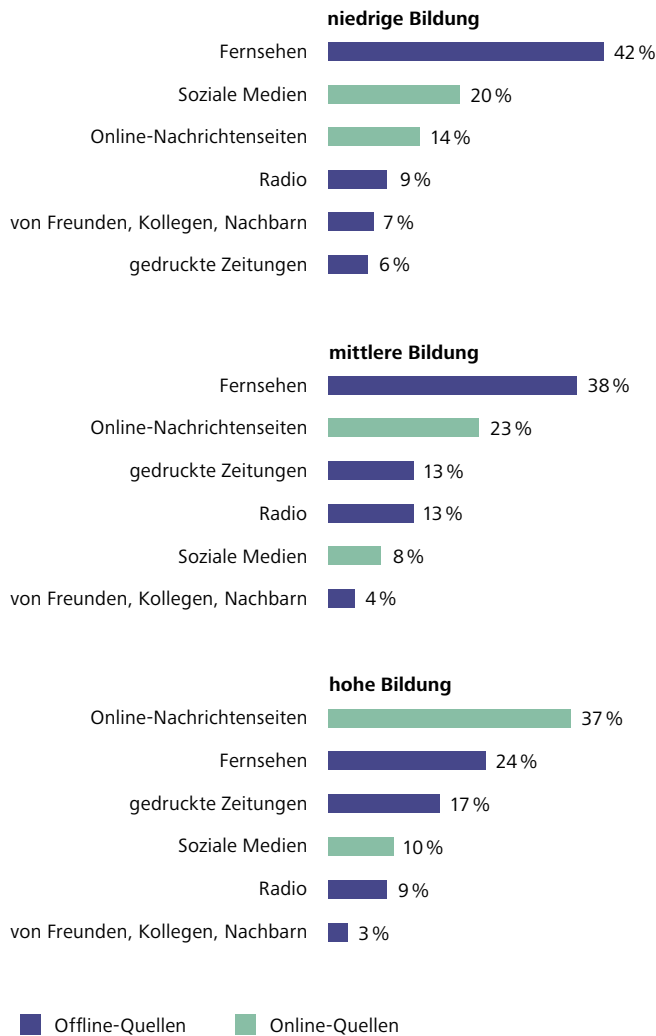


Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Sonstige / weiß nicht / keine Angabe.

Die unterschiedliche Nutzungsintensität der verschiedenen Informationsquellen ist wenig überraschend. Bereits andere Studien offenbarten ein unterschiedliches Nutzungsprofil nach Altersgruppen (Faus & Hartl 2018). Außerdem zeigte sich, dass sich die Mediennutzung in verschiedenen Segmenten (siehe Abbildung 38) oder auch den verschiedenen Bildungsgruppen (siehe Abbildung 37) durchaus unterscheidet. Beides lässt sich auch für Berlin bestätigen.

ABBILDUNG 37:
Hauptnachrichtenquelle nach Bildung

Woher bekommen Sie die meisten Informationen über politische und gesellschaftliche Themen?



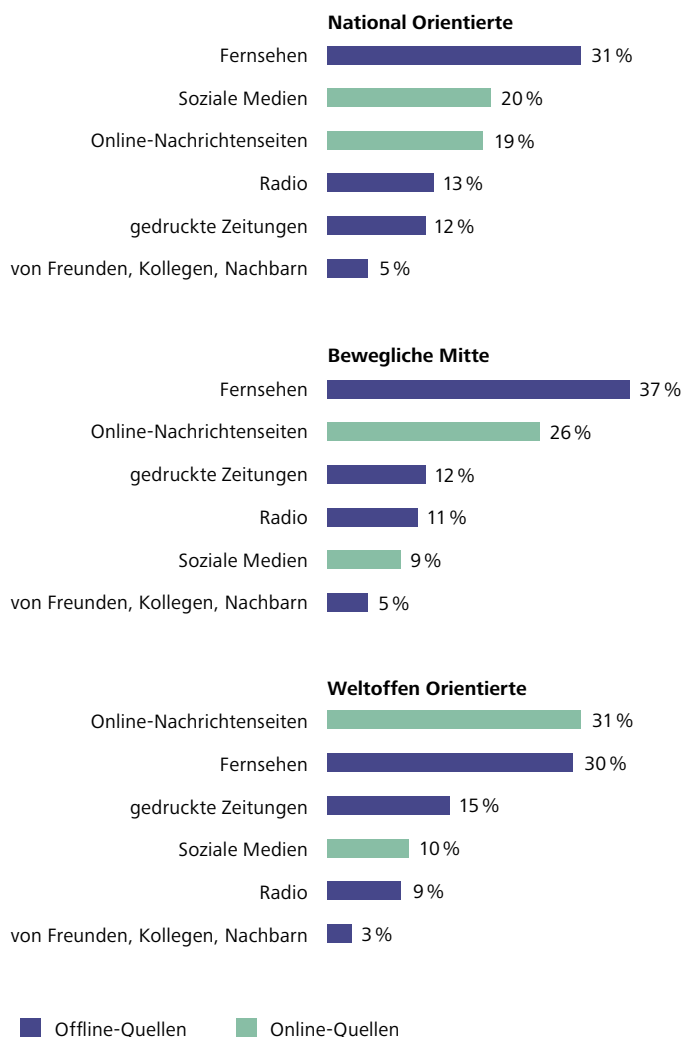
Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Sonstige / weiß nicht / keine Angabe.

So zeigt sich für die verschiedenen Bildungsgruppen, dass soziale Medien insbesondere Berliner_innen mit niedriger Bildung (20 Prozent) nutzen, um sich über politische und gesellschaftliche Themen zu informieren. Bei Berliner_innen mit hohem Schulabschluss sind Online-Nachrichtenseiten mit 37 Prozent sogar die wichtigste Nachrichtenquelle.

Ähnlich verhält es sich mit der unterschiedlichen Mediennutzung in den Segmenten. Bei den national Orientierten spielen soziale Medien mit 20 Prozent eine wichtigere Rolle als bei der beweglichen Mitte oder den weltoffenen Orientierten. Die weltoffenen Orientierten nutzen außerdem am häufigsten Online-Nachrichtenseiten (31 Prozent), um sich zu informieren.

ABBILDUNG 38:
Hauptnachrichtenquelle nach Segmenten

Woher bekommen Sie die meisten Informationen über politische und gesellschaftliche Themen?



Basis: alle Wahlberechtigten. Fehlende Werte: Sonstige / weiß nicht / keine Angabe.

All das macht aber noch einmal deutlich, dass für die politische Bildungsarbeit eine breite Medienstrategie benötigt wird, um alle Bürger_innen zu erreichen. Ältere erreicht man wesentlich schlechter online, Jüngere tendieren immer stärker dazu, sich politisch nur noch online zu informieren. Ungeachtet des Alters erreicht man aber auch verschiedene Bildungsgruppen oder Segmente nicht auf allen Plattformen gleichermaßen. Für weltoffen Orientierte sind Online-Nachrichtenseiten beispielsweise die wichtigste Informationsquelle, während es bei den national Orientierten und auch der beweglichen Mitte weiterhin das Fernsehen ist. Für eine zielgruppengerechte Ansprache müssen zunächst alle relevanten Kanäle bespielt werden, um die Berliner_innen dort abzuholen, wo sie sich bereits informieren. Das gilt gerade auch für politische Bildungsangebote. In einem weiteren Schritt muss aber auch die richtige Ansprache auf den jeweiligen Plattformen gewählt werden. Dabei sollte die Botschaft konstant bleiben und langfristig über die verschiedenen Kanäle übermittelt werden (siehe auch Faus & Hartl 2018).

7. FAZIT

BERLIN: DIE WELTOFFENE METROPOLE MIT IHREN VIELFÄLTIGEN BEWOHNER_INNEN

Berlin ist eine weltoffene Metropole, die zugleich Stadtstaat und Bundeshauptstadt ist. Die Stadt und ihre Einwohner_innen sind dabei so bunt und facettenreich wie kaum eine andere Stadt Deutschlands. Darauf sind nicht nur Berliner_innen stolz, auch außerhalb Berlins wird das positive Image der Stadt wahrgenommen, weshalb immer mehr Menschen zum Leben und Arbeiten nach Berlin ziehen. Berlin ist in den letzten Jahren beträchtlich gewachsen und wird in den kommenden Jahren laut Prognosen weiterwachsen. Berliner_innen stehen diesem Wachstum grundsätzlich positiv gegenüber und schätzen die Metropole mit Zukunft. Allerdings verursacht das stetige Wachstum durchaus Probleme. Insbesondere auf die Versorgung mit Wohnraum hat der Zuzug von außen negative Auswirkungen.

DIE CORONAPANDEMIE DOMINIERT DEN ALLTAG UND DÄMPFT DIE STIMMUNG

Durch die Coronapandemie sind diese Probleme allerdings etwas in den Hintergrund geraten. Während des Untersuchungszeitraums dominierte die Coronapandemie den Alltag der Berliner_innen. Die Coronamaßnahmen bedeuteten weitreichende Einschränkungen für das private wie auch berufliche Leben und trübten die Stimmung merklich. Dennoch befürworteten die Berliner_innen die Coronamaßnahmen mehrheitlich und wünschten sich in der Tendenz sogar noch schärfere Maßnahmen. Nichtsdestotrotz stellte sich eine gewisse „Coronamüdigkeit“ ein, die zu einer schlechteren Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Berlin führte. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist allerdings nicht nur durch die Coronapandemie geschwächt. Ein wirkliches Zusammengehörigkeitsgefühl der Berliner_innen konnte nicht festgestellt werden. Vielmehr endet das Zusammengehörigkeitsgefühl im eigenen Kiez. Wie sich der Zusammenhalt ausdehnen lässt, bleibt eine wichtige Frage – nicht nur für Berlin.

CORONA VERSTÄRKT ALS KATALYSATOR LANGFRISTIGE PROBLEME DER GROSSSTADT

Weiterhin wurden durch die Coronapandemie viele Problemlagen schmerzlich offengelegt, die zuvor nicht klar erkannt worden waren, oder bestehende Probleme verschärft. Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Sorge um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Berlin und um den Stand der Digitalisierung, vor allem in den Schulen. Insbesondere Eltern waren während der Coronapandemie einer Doppelbelastung durch Homeoffice und Home-schooling ausgesetzt.

Darüber hinaus gibt es Dauerthemen, die auch unabhängig von Corona als zentrale Aufgaben für die Berliner Politik formuliert werden. Das dringendste Thema bleibt bezahlbares Wohnen. Das Wachstum Berlins muss so gelenkt werden, dass die Stadt für alle Berliner_innen bezahlbar und lebenswert bleibt – neu Zugezogene wie Alteingesessene.

Die Angst, sich das Leben in Berlin zukünftig nicht mehr leisten zu können oder nach weit außerhalb ziehen zu müssen, ist in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet.

Damit verbunden ist auch die zweite zentrale Aufgabe: Mobilität. Zwar waren die Straßen während der Pandemie weniger voll, da viele Pendler_innen im Homeoffice arbeiteten. Das Problem hat sich damit aber nicht aufgelöst. Kluge Konzepte sind nötig, um innerhalb wie außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings allen Berliner_innen eine gute Anbindung mit allen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Die drittichtigste Aufgabe stellt das Thema „Bildung und Soziales“ dar. Grundsätzlich wird Berlin Familienfreundlichkeit attestiert. Aber auch hier hat die Coronapandemie Baustellen offengelegt. Zum einen ist die Digitalisierung der Schulen ausbaufähig, wenngleich es hier durchaus Unterschiede innerhalb Berlins gibt. Zum anderen fehlt es an Kita-Plätzen.

Für die Bildungsarbeit einer politischen Stiftung ergeben sich daraus zum einen thematische Schwerpunkte: Wohnen, aber auch Mobilität sowie Soziales und Bildung sind spezifische landespolitische Themen, die Berliner_innen stark umtreiben. Zum anderen hat sich gezeigt, dass die Trennlinien nicht bei allen Themen – wie oft angenommen – entlang des Berliner S-Bahn-Rings verlaufen. Selbstverständlich gibt es räumliche Unterschiede im Bereich Mobilität. Das zeigt schon die unterschiedliche Nutzung der Verkehrsmittel innerhalb und außerhalb des S-Bahn-Rings. Wenn es keine Anbindungen an den ÖPNV gibt, sind Bewohner_innen auf das Auto angewiesen und auch der beste Fahrradweg zwischen den Bezirken außerhalb und innerhalb Berlins nutzt wenig, wenn Arbeitnehmer_innen zu große Distanzen zurücklegen müssen, um zum Arbeitsplatz zu gelangen. Darüber hinaus sind es aber vor allem die Unterschiede in der politischen Einstellung, die Meinungsunterschiede in den verschiedenen Themenbereichen erklären.

DIE HAUPTSTADT UND IHRE BEWOHNER_INNEN SIND POLITISCH INTERESSIERT

Bei politischen Einstellungen, dem politischen Interesse oder der Bereitschaft, für kulturelle Veranstaltungen auch von außerhalb in die Stadt zu fahren, sind die Unterschiede jedoch gering. Vielmehr gibt es spezifische Themen in den Kiezen selbst, bei denen sich die Berliner_innen auch klar wünschen, vor Ort abgeholt zu werden. Hier gilt es, als politische Stiftung eine gute Mischung zwischen lokalen, spezifischen Themen und solchen, die ganz Berlin angehen, zu finden.

Das Berliner Publikum ist insgesamt sehr weltoffen. Die Ansprache sollte dementsprechend gestaltet werden. Insgesamt ist das politische Interesse in der Hauptstadt sehr groß, was eine hohe Erreichbarkeit der Berliner_innen für politische Bildungsangebote verspricht. Die mediale Ansprache sollte auf den verschiedenen Plattformen jeweils zielgruppengerecht sein.

Berlin gilt zu Recht als Trendsetterin bzw. Impulsgeberin. Hier zeigen sich gesellschaftliche Entwicklungen wie in einem Brennglas, die zeitversetzt das ganze Land betreffen. Wie sich Trends, wie beispielsweise das Arbeiten im Homeoffice, weiterentwickeln, bleibt spannend zu beobachten.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 12 Abbildung 1: Berliner Selbstbild
- 13 Abbildung 2: Segmentierung (Berlin)
- 13 Abbildung 3: Segmentierung (Bund)
- 17 Abbildung 4: Stimmung in Berlin
- 18 Abbildung 5: Einstellung zu Berliner Coronamaßnahmen
- 19 Abbildung 6: Zusammenhalt während der Coronapandemie
- 20 Abbildung 7: Coronahoffnungen
- 20 Abbildung 8: Kurzarbeit während der Coronapandemie
- 21 Abbildung 9: Coronasorgen
- 23 Abbildung 10: Homeoffice
- 24 Abbildung 11: Wunsch nach Homeoffice nach Coronapandemie
- 25 Abbildung 12: Wichtigstes Thema in Berlins Zukunft
- 28 Abbildung 13: Wohnen
- 29 Abbildung 14: Prioritäten in den Bereichen Wohnen und Bauen
- 30 Abbildung 15: Prioritäten in den Bereichen Wohnen und Bauen – Subgruppen
- 32 Abbildung 16: Hauptverkehrsmittel
- 33 Abbildung 17: Hauptverkehrsmittel – innerhalb versus außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings
- 34 Abbildung 18: Bewertung ÖPNV und Fahrradinfrastruktur
- 34 Abbildung 19: Bewertung Fahrradinfrastruktur nach Hauptverkehrsmittel
- 37 Abbildung 20: Bildung und Soziales
- 38 Abbildung 21: Migration
- 39 Abbildung 22: Migration nach Segmentgruppen
- 39 Abbildung 23: Umwelt- und Klimaschutz
- 40 Abbildung 24: Umwelt- und Klimaschutz nach Subgruppen
- 41 Abbildung 25: Wirtschaft
- 41 Abbildung 26: Wirtschaft nach regionalen Subgruppen
- 42 Abbildung 27: Wirtschaftliche Situation in Berlin
- 43 Abbildung 28: Eigene wirtschaftliche Situation
- 43 Abbildung 29: Wirtschaftsförderung
- 44 Abbildung 30: Wirtschaftsförderung nach Subgruppen
- 45 Abbildung 31: Kunst- und Kulturlandschaft
- 47 Abbildung 32: Sicherheit
- 47 Abbildung 33: Sicherheit – Subgruppen
- 49 Abbildung 34: Politisches Interesse
- 50 Abbildung 35: Hauptnachrichtenquelle
- 51 Abbildung 36: Hauptnachrichtenquelle nach Alter
- 52 Abbildung 37: Hauptnachrichtenquelle nach Bildung
- 53 Abbildung 38: Hauptnachrichtenquelle nach Segmenten

LITERATURVERZEICHNIS

Faus, J.; Faus, R.; Gloger, A. (2016). Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Qualitativ-quantitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Faus, R. & Hartl, M. (2018). Politisches Informationsverhalten in der fragmentierten Öffentlichkeit. Erkenntnisse für die politische Bildung aus Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Faus, J. & Ickstadt, L. (2020). Nebeneinander oder miteinander? Nachbarschaftlicher Zusammenhalt im Corbusierhaus Berlin. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Faus, R. & Storcks, S. (2019). Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Hartl, M. & Faus, J. (2020). Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog: Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg (2020). Bevölkerungsstand. Verfügbar unter: <https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/6cd07944a98733e0/8c47b056bbeb/bevoelkerungsstand-lange-reihe-2020.xlsx> (letzter Abruf 27.09.2021).

Zwiers, J.; Berseck, N.; Rammler, S. (2020). Dit is Berlin! Die Hauptstadt und ihre Lebenslagen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.



DIE AUTOR_INNEN

Jana Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und geschäftsführende Gesellschafterin der pollytix strategic research gmbh.

Rainer Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftler und geschäftsführender Gesellschafter der pollytix strategic research gmbh.

Lutz Ickstadt hat einen Master-Abschluss in empirischer Demokratieforschung und ist Berater bei der pollytix strategic research gmbh.



IMPRESSUM

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149 • D-53175 Bonn

E-Mail: info@fes.de

Registernr.: VR2392 • Vereinsregister Bonn • Amtsgericht Bonn

Vorsitzender: Martin Schulz**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:** Dr. Sabine Fandrych**Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:** Felix Eikenberg, Landesbüro Berlin,
Abteilung Politische Bildung und Dialog**Kontakt:** landesbueroberlin@fes.de**Autor_innen:** Jana Faus, Rainer Faus, Lutz Ickstadt, pollytix strategic research gmbh**Lektorat:** Dr. Christian Jerger**Gestaltung:** Typografie/im/Kontext**Druck:** Druckerei Brandt

Gedruckt auf Recy Star Polar, 100 % Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem
Blauem Engel.

Coverfoto: © Picture Alliance

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-98628-015-4

© Friedrich-Ebert-Stiftung, 2021



DAS LANDESBÜRO BERLIN DER FES:

Das Landesbüro Berlin der FES begleitet mit verschiedenen Veranstaltungsformaten und Publikationen aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen und politische Debatten im Land Berlin. Weitere Informationen online unter www.fes.de/landesbuero-berlin

In unserer Publikationsreihe „Berlin Expertisen“ erscheinen in unregelmäßigen Abständen Kurzstudien und ausgewählte Fachbeiträge zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen im Land Berlin.

Falls Sie die Aufnahme in unsere Einladungsverteiler wünschen oder unsere Publikationen bestellen wollen, wenden Sie sich bitte an landesbueroberlin@fes.de.

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Landesbüro Berlin